

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlich:
Riesner
Herausg. Nr. 20.
Verlag Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verantwortlich:
Riesner
Herausg. Nr. 20.
Verlag Nr. 22.

Nr. 278.

Mittwoch, 30. November 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabertages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für bewilligte Rabatte erstreckt sich, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogener Werbung oder der Auftragsgeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Abrechnungsbillets können Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübner, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Genfer Vorschau.

Die Völkerbundstadt am blauen See ist wieder zum Leben erwacht. Die Rufen sind bereits seit einigen Tagen mit dem umfangreichen Arbeiterstudium beschäftigt, die deutsche Delegation hat sich bereits eingefunden, auch die Engländer haben ihre Quartiere im Hotel schon bezogen. Am Mittwoch, dem Tage der Eröffnung der Verhandlungen der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, werden auch die Franzosen vollständig erschienen sein. Wieder das Arbeitsgebiet, das sich die Herren für die nächsten Tage stellen werden, geben die Meinungen weit auseinander. Wie stets versucht auch diesmal die französische Delegation, das Programm der Tagesordnung möglichst einengen, die ganze Tagesdauer möglichst kurz zu halten. Von den anderen Delegationen wird der Wunsch sehr lebhaft geäußert, diesmal etwas einseitiger auf das der Beratung vorliegende Material einzugehen, was bei der vorerwähnten Dauer der Tagung von drei bis vier Tagen nicht möglich wäre. Somit ist es nicht unwahrscheinlich, daß der französische Standpunkt diesmal ins Hintertreffen kommt, die vorbereitende Abrüstungskommission also zugleich mit den Sitzungen des Völkerbundesrates weiterarbeiten wird. Die wichtigste Aufgabe, die in diesen Tagen der Kommission gestellt ist, ist die Wahl des Sicherheitsausschusses. Mit der Lösung dieser Aufgabe wäre formell das vorerwähnte Arbeitsprogramm bereits erschöpft. Der Reize dürfte infolgedessen ein Strich durch die Rechnung gezogen werden können, als es nicht anständig wäre, den einzelnen Delegationen Beschränkungen in der Entwicklung ihrer Programme und Forderungen aufzulegen. Es kommt hinzu, daß die Russen mit einem neuen, sehr weitgehenden, sich aber im Rahmen des Möglichen haltenden Vorschlag hervortreten wollen. Wenn er auch die Mehrheit der Abrüstungskommission gegen sich haben wird, so sichert ihm doch die Unterstützung Deutschlands, Hollands und der skandinavischen Staaten zum mindesten eine längere Erörterung. Offiziell ist bis jetzt über die Einzelheiten dieses russischen Vorschlags noch nichts bekannt geworden. Man kann sich daher nur an die Angaben halten, die verschiedene Journalisten aus den Kreisen der Sowjet-Delegation über das russische Programm erhalten haben wollen. Es wird berichtet, daß der Kernpunkt des neuen russischen Programms in dem Vorschlag liegt, daß in den Rüstungen aller Nationen ein zehnjähriger Stillstand einzutreten habe, während dessen Dauer alle Ausgaben für die Rüstungen auf die Hälfte herabzusetzen seien. Dieser russische Vorschlag bildet selbstverständlich keine Lösung des Abrüstungsproblems. Er ist, wie alle die Vorschläge, die in der Erörterung dieser Materie gemacht wurden, ein Kompromiß-Vorschlag, der Verzicht, anstelle der Theorie etwas Praxis zu setzen. Aber er hat zum mindesten das Gute für sich, daß er die einzelnen Delegationen der Konferenz einigt, etwas klarere Farbe über ihre Stellungnahme zur Abrüstungsfrage als solche zu bekennen. Somit ist es doch nicht unwahrscheinlich, daß die russische Beteiligung an den jetzt beginnenden Verhandlungen in Genf doch etwas mehr Leben in die Debatte bringt, vielleicht auch eine praktischere Förderung des Problems selbst.

Wenige Tage nach dem Zusammentritt der vorbereitenden Abrüstungskonferenz wird auch der Völkerbundsrat zu einer Sitzung sich zusammenschließen. Zwei sehr wichtige Punkte stehen hier auf der Tagesordnung. Zunächst wird man versuchen, dem Konflikt zwischen Rumänien und Ungarn seine endliche Beilegung zu sichern. Durch die Erkrankung des rumänischen Außenministers Titulescu und durch die durch den Tod des Ministerpräsidenten Brătianu in Rumänien hervorgerufene Spannung der innerpolitischen Lage, ebenfalls durch Momente, die im Zusammenhang mit den letzten Vertragsabschlüssen auf dem Balkan stehen, ist auch in der Bewertung des rumänisch-ungarischen Konfliktes eine andere Situation geschaffen worden. Es ist daher im Augenblick ganz unerlässlich, wie die Mehrheit des Völkerbundesrats in dem Streit zu entscheiden gedenkt. Angesichts des heiklen Themas, dessen Erörterung auch gewisse machtpolitische Gefühle verschiedener Großmächte recht deutlich in Erscheinung treten lassen würde, ist es nicht unwahrscheinlich, daß die ganze Angelegenheit wieder einmal einer Unterkommission zur weiteren „eingehenden Behandlung“ übergeben werden wird.

Der polnisch-litauische Konflikt, der auf Grund des Protokolls von Komno offiziell zur Sprache kommen muß, hat sich nach seiner letzten Ausprägung durch die friedlichen Versicherungen Bolens wieder etwas gemildert. Kennzeichnend bei der Aufregung der letzten Tage war die Stellungnahme Englands, besser gesagt, seine offene Parteilichkeit für Polen, die sich sogar, wie die Auslassungen halb-offizieller Londoner Zeitungen erkennen lassen, zu gewissen Beschuldigungen an die deutsche Adresse verdichtete. Man hat versucht, die Zusammenkunft des Führers der russischen Delegation, Litwinow, mit Dr. Stresemann als das äußere Zeichen eines deutsch-russischen Zusammengehens in Genf hinzustellen. Diese Bewertung der deutschen Haltung gegenüber dem polnisch-litauischen Konflikt ist völlig falsch. Deutschland hat an einer pro-litauischen oder pro-polnischen Lösung der Wilna-Frage nicht das geringste Interesse, ebensowenig wie es ein Interesse daran haben kann, Partei zu ergreifen für Litauen oder für Sowjetrußland. Die Gründe, weshalb die Reichsregierung energisch auf die Wahrung der litauischen Selbständigkeit bestehen muß, sind Gründe, die nur mit einer der wichtigsten Lebensfragen Deutschlands zu tun haben. Wenn deutsche Interessen zufällig mit den Interessen anderer Länder zusammenfallen, so hat diese Tatsache auch nicht das geringste mit einer bewußten Absicht zu tun. Die englischen Vorwürfe müssen daher zurückgewiesen werden.

Die vierte Tagung des Abrüstungsausschusses.

Genf. (Funkpruch.) Die vierte Tagung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses wurde heute vormittag kurz nach 11 Uhr vom Präsidenten London, dem holländischen Gesandten in Paris, mit einer Rede eröffnet, in der er sich kurz zum Stande der Vorbereitungen für die Abrüstungskonferenz äußerte.

Der Anbruch von Publikum und Presse war sehr hart. Mit Rücksicht auf die Delegation Sowjetrußlands, die erstmals an diesen Beratungen teilnimmt, wurden von der Genfer Polizei umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen. So wurde der Zugang und Ausverkehr beim Glaslokal, in dem die Tagung wieder abgehalten wird, gesperrt. Die Journalisten müssen sich zum erstenmal durch mit Photographieren verbotene Identitätskarten ausweisen.

Von den 26 eingeladenen Staaten sind, wie bereits bei der letzten Tagung, Brasilien, Spanien und Uruguay wieder nicht vertreten. Die 23 anwesenden Staaten umfassen 14 Hauptstaaten und noch Argentinien, Belgien, Bulgarien,

Griechenland, Schweden, Tschechoslowakei, Jugoslawien und als Nichtmitglieder des Völkerbundes die Vereinigten Staaten von Amerika und Sowjetrußland.

Die 21 Staaten haben fast ausnahmslos wieder die gleichen Vertreter entsandt, die für sie an den früheren Beratungen teilgenommen haben. Einige namhafte Persönlichkeiten fehlen jedoch, darunter vor allem Lord Robert Cecil und der belgische Senator de Bruckere, die die Beratungen der früheren Tagungen in vielen Fällen geradezu beherrscht hatten, und der als Vizepräsident nach Brüssel vertriebene amerikanische Kandidat Wilson, an dessen Stelle sein Nachfolger in Bern, der amerikanische Gesandte in Bern, Wilson, getreten ist, während die Delegationen Englands und Belgiens nunmehr unter der Führung Lord Cushendons und Baron Montchens stehen. Neben diesen beiden Persönlichkeiten sind den Italienern der sowjetrussischen Delegation am meisten Beachtung geschenkt.

Die belgische Regierungserklärung.

Brüssel, 29. Novbr. Ministerpräsident Jaspar verlas heute in der Kammer die Regierungserklärung, in der es u. a. heißt:

Die neue Regierung ist gewillt, den finanziellen und wirtschaftlichen Aufbau zu vollenden und das Problem der Reorganisation der Armee in Wien. In der auswärtigen Politik wird sie das Werk internationaler Zusammenarbeit und Verständigung fortsetzen, das von den früheren Regierungen unter der Ägide des Völkerbundes im Geiste der Abkommen von Locarno unternommen wurde. Die Regierung wird die Kammer um rasche Ratifizierung verschiedener Schiedsverträge ersuchen und ihnen unverzüglich eine Reihe von Abkommen vorlegen, die unsere Beziehungen zu fremden Staaten noch vertrauensvoller gestalten sollen. Sie wird ferner alle Anstrengungen machen, um zu einer Vollendung der Revision der Verträge von 1899 im Geiste beiderseitiger Zusammenarbeit zu gelangen und dafür Sorge zu tragen, daß unsere wesentlichen Interessen, namentlich insoweit es sich um die Angänge zum Meer und zum Rhein handelt, nicht gefährdet werden. In internationaler Hinsicht wird die Regierung das Werk der wirtschaftlichen Expansion fortsetzen. Sie stellt fest, daß die Stabilisierung der Währung von einem, wie man wohl sagen kann, vollen und endgültigen Erfolg gekrönt worden ist, insofern in immer noch große Fortschritte.

Das militärische Problem beherrscht die politischen Debatten in überragender Weise. Das gesamte belgische Gebiet muß gegen einen Einbruch oder eine Besetzung geschützt werden. Dies wird durch zuverlässige Verteidigungsmittel gesichert, die zusammen mit den Beträgen einer Pflanzung für die Unverletzbarkeit des Bodens Belgiens bilden. Das Problem muß in seiner Gesamtheit geprüft werden. Die Regierung wird unverzüglich eine Vorlage über das Grenzverteidigungssystem einbringen und einen aus Parlamentariern und Militärs gebildeten gemischten Ausschuss einsetzen, der alle die Grenzorganisation und namentlich die Dienstleistungen betreffenden Fragen prüfen wird. In seinen Schlussfolgerungen wird die Regierung das Material für die dem Parlament vorzuliegenden Beschlüsse entnehmen. Es wird keine neue Anleihe zur Ausfüllung der von der Regierung geplanten großen öffentlichen Arbeiten notwendig sein, die die wirtschaftliche Ausrichtung der Nation verbessern sollen. Die Kosten werden durch einen Teil der von Deutschland zu leistenden Reparationszahlungen gedeckt werden. Jaspar schloß, indem er erklärte, daß das finanzielle Wohl des Landes um jedem Preis gesichert werden müsse.

Benfionen und Bartegelder.

Berlin. Die Vorschläge im Haushaltsausschuss, die zu einer getrennten Abstimmung der Koalitionsparteien bei der Einkunft der Benfionen und Bartegelderbeamten geführt haben und die am Schluß der Sitzung eine Erklärung des Finanzministers Dr. Brüder veranlaßten, sind gestern nachmittag in einer Sitzung des Reichskabinetts besprochen worden. Die Reichsregierung ist jedoch in dieser Sitzung noch nicht zu bestimmten Beschlüssen gekommen, sondern sie wird sich wahrscheinlich heute mit den Fraktionsführern der Koalition über diese Angelegenheit noch einmal in Verbindung setzen, um, wenn möglich, doch noch eine einheitliche Stellungnahme der Koalitionsparteien herbeizuführen.

Polnische Warnnachrichten über Litauen.

Warschau. (Funkpruch.) Ein Teil der polnischen Presse ist noch gefüllt mit aus Wilna und Riga kommenden Alarmnachrichten und angeblichen Vorgängen in Litauen.

So heißt es in einer solchen Wilnaer Nachricht, Woldemars habe erklärt, daß die von Emigranten gegründete litauische Regierung einen Vorstoß auf Komno vorbereite, insofern in allen litauischen Garnisonen Alarmbereitschaft angeordnet worden. In Komno herrsche Panik.

Weiter läßt sich Glos Prandy aus Wilna unbekannt melden, daß Woldemars die 3 jüngsten Jahrgänge mobi-

lisiert habe, die binnen 48 Stunden unter den Waffen stehen müßten. Die Mobilisation sei gegen Polen gerichtet. Außerdem soll Woldemars nach in Komno umlaufenden hartnäckigen Gerüchten sich an die deutsche und russische Regierung mit der Bitte um militärische und diplomatische Hilfe gewandt haben. Angeblich habe die Regierung Woldemars Deutschland als Preis für die Unterstützung die Abtretung des Kreises Memel versprochen.

11 Bahnarbeiter verschüttet.

Brag. (Telunion.) Das Grazer Volksblatt meldet: Beim Bahndammbau Feldbach-Gleichenberg ereignete sich gestern um 1/3 Uhr nachmittag ein furchtbares Unglück. In der Nähe des Galtshofes „Laser“ waren Arbeiter mit dem Ausbau der Fundamente für eine Betonstützmauer beschäftigt. Plötzlich löste sich eine Erdmasse von 30 cm los und verschüttete 11 Arbeiter. Nach zweiseitiger Rettungsarbeiten konnten die Verschütteten befreit werden. Acht von ihnen waren bereits erstickt und hatten mehr oder weniger schwere Verletzungen erlitten. Zwei weitere wurden schwer und einer leicht verletzt. Die Toten stammen alle aus der Umgebung des Kurortes Gleichenberg. Mangelhafte Böschung soll die Ursache des Unglücks sein. Die Toten wurden in die Totenhalle nach Trautmannsdorf gebracht. Im Laufe der heutigen Nacht hat eine Gerichtskommission an Ort und Stelle Erhebungen angestellt.

Um das Steuervereinfachungs-Gesetz.

Berlin. Die Verhandlungen des Reichsrats über das Steuervereinfachungs-Gesetz sind wegen der Dringlichkeit der Beratung des Etats für 1928 unterbrochen worden, nachdem bisher das Grundsteuer- und Gewerbesteuer-Veränderungs-Gesetz beraten und erledigt wurden. Es stehen noch aus das Gebäudeversicherungssteuer-Gesetz und das Steueranpassungs-Gesetz. Es ist nicht anzunehmen, daß die Weiterberatung der Vorlage vor Anfang nächsten Jahres aufgenommen werden kann. Gegenüber dem Reichsrat, das eine Ländermehrheit im Reichsrat, darunter auch Preußen, sich für eine Zurückziehung des Steuervereinfachungs-Gesetzes ausgesprochen hätte, erfahren wir aus zuständiger preussischer Stelle, daß die preussische Regierung sich auch weiter wie bisher energisch für die Erledigung des Gesetzes einsetze.

Erhöhung der Schwerbeschädigtenzulage.

Berlin. Der Reichstagsausschuss für Kriegsschwerbeschädigtenfragen nahm einstimmig einen Antrag Biegler (Dem.) an, wonach die Schwerbeschädigtenzulage bei Erwerbsunfähigkeit von 144 auf 168 Mark erhöht werden soll. Im übrigen wurden die Beschlüsse der ersten Lesung über die Novelle zum Verordnungs-Gesetz bestätigt und der Ausschuss hofft, heute Mittwoch die zweite Beratung dieser Vorlage beenden zu können.

Amerika nimmt am Sicherheitsausschuß nicht teil.

Genf. (Telunion.) Von zuverlässiger Seite wurde gestern abend mitgeteilt, daß die amerikanische Delegation auf Grund früherer Versprechungen aus Washington sich an der Bildung des Sicherheitsausschusses nicht beteiligen wird und zwar wird die amerikanische Delegation in den Sicherheitsausschuß weder einen Delegierten noch einen Beobachter entsenden. Der Führer der amerikanischen Delegation, der Gesandte in Bern Wilson, wird voraussichtlich in einer der ersten Sitzungen der Kommission den Standpunkt der amerikanischen Regierung zu den Sicherheitsausschuß bekunnen geben.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

(Städtischer Bericht.)

In der gestern abend von 6.30 Uhr ab in der Aula der Oberrealschule stattgefundenen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten waren 26 Mitglieder des Kollegiums anwesend. Es fehlten aus dem Kollegium die Herren Adler, Rippberger und Schlotterbeck, von der sozialdemokratischen Fraktion Herr Diekmann und von der kommunistischen Fraktion Herr Böls. Am Ratstische saßen Herr Erster Bürgermeister Dr. Scheider und Herr Bürgermeister Hans Pisch genommen. Der Sitzungssaal war mäßig besetzt. Im Gegensatz zu den vorhergehenden letzten Sitzungen des Kollegiums, die sich bekanntlich durch große Lebhaftigkeit auszeichneten, ging es gestern im Sitzungssaale sehr ruhig ab. Die Tagesordnung, die nachlässig immerhin reichhaltig war, wurde glatt in kurzer Zeit erledigt, so daß die Sitzung bereits kurz nach 10 Uhr ihr Ende erreichte.

Unter der Leitung des Herrn Stadtverordneten-Vorsitzenden wurde folgendes beraten und beschlossen:

Rechnung der Schlachthofkasse auf 1926/27.

Von dem vorerwähnten Rechnungswerte, das vom Verbandsrevisor geprüft worden ist, wurde Kenntnis genommen und die Rechnung richtigesprochen. Es wurde einstimmig beschlossen, von dem vorhandenen Ueberschuß in Höhe von 20.982,40 RM, 20.000 RM für das neue städtische Wohngrundstück des Schlachthofes zu verwenden und den Rest der Stadthauptkasse zur Einstellung in den nächstfolgenden Haushaltsplan zur Verfügung zu stellen.

Rechnung der Wasserwerkstoffe auf 1926/27.

Auch diese, ebenfalls vom Verbandsrevisor geprüfte Rechnung wurde vom Kollegium richtigesprochen und einstimmig beschlossen, den errechneten Ueberschuß in Höhe von 21.925 RM, restlos der Stadthauptkasse zu überweisen.

Revisionen der Steuerbestellen Gröba und Weida betr.

Aus dem Berichte des Verbandsrevisors über die durch ihn erfolgten Revisionen der Steuerbestellen Gröba und Weida ging hervor, daß in allen Punkten auf der Einnahme- und Ausgabe Seite Uebereinstimmung vorgefunden worden sei. Während bei der Steuerbestelle Gröba überhaupt keine Erinnerungen zu stehen gewesen sind, haben sich bei der Steuerbestelle Weida einige ganz unbedeutende Differenzen herausgestellt, die aber behoben worden sind. — Das Kollegium nahm von dem Revisionsbericht Kenntnis.

Die Wiedererrichtung der Kraftwagenlinie Reichen-Riesa betr.

In Erkenntnis des Bedürfnisses der Wiederaufnahme der bekanntlich vorübergehend eingestellten Kraftwagenlinie Reichen-Riesa erklärte sich das Kollegium einstimmig einverstanden mit der Uebernahme der für die Stadt Riesa in Frage kommenden Garantiesumme von 200 RM auf ein Vierteljahr. Die städtische Kraftwagen-Gesellschaft hat mitgeteilt, daß sie durch die zu verwendenden neuen Wagen in Bezug auf Sitzgelegenheiten Verbesserungen getroffen und auch die Fahrpreise entsprechend herabgesetzt habe. Die Linie soll, da dies das günstigere sei, wieder über Pausitz-Seerhausen geleitet werden.

Aufstellung einer neuen Sparkassenordnung.

Der Verband städtischer Sparkassen hat ein Muster einer allgemeinen Sparkassenordnung herausgegeben, die gestern dem Kollegium zur Genehmigung vorlag. Die Sparkassenordnung umfaßt insgesamt 23 Paragraphen; sie wurde vom Kollegium einstimmig angenommen.

Vor erfolgter Abstimmung über den Entwurf war zu Art. 2 § 3, Sparkassenaufsicht betr., der folgendermaßen lautet:

„Die Mitglieder des Sparkassen-Aufsichtsausschusses sollen nicht als Unternehmer, persönlich haftende Gesellschafter, Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder oder Angehörige an anderen Unternehmungen beteiligt sein, welche mit der Sparkasse im Wettbewerb stehen, insbesondere Sparanlagen oder Depositen annehmen oder gewerbsmäßig Darlehensgeschäfte betreiben oder vermitteln.“

folgender Abänderungsantrag durch die SPD-Fraktion eingebracht worden:

„... beteiligt sein, welche gewerbsmäßig Darlehensgeschäfte treiben oder vermitteln oder in ihrem Hauptgeschäftsbereich mit der Sparkasse im Wettbewerb stehen, insbesondere Sparanlagen oder Depositen annehmen.“

Dieser Antrag wurde, nachdem ihn Herr Stadtv. Horn eingehend begründet hatte, gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

2. Antrag zum Vertrage mit der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft.

Die Mietklausel beim Schlachthof betr., wurde einstimmig genehmigt.

Erneuerungsarbeiten im städtischen Schlachthof betr.

Im städtischen Schlachthof sind verschiedene Erneuerungsarbeiten notwendig geworden, so die Umänderung der Hängelgitter und sonstige Erneuerungen in den Räumen und Lagerhallen. Zu den hierzu haushaltplanmäßig verfügbaren Mitteln werden noch 445 RM benötigt. Die Ausführung der in Frage kommenden Erneuerungsarbeiten wurde einstimmig genehmigt und der Restbetrag von 445 RM nachbewilligt.

Bauliche Veränderungen im Schlachthof.

Infolge des immer mehr steigenden Verkehrs ist es notwendig geworden, 2 weitere Zimmer als Verwaltungsräume zu erhalten. Desgleichen ist auch die Errichtung einer besonderen Klosettanlage für die Beamten und Angestellten des Schlachthofes dringend nötig, ebenso die Verteilung eines besonderen Einganges für das Schlachthofpersonal. Die Errichtung dieser Bauarbeiten sind mit einem Kostenaufwande von insgesamt 4200 RM veranschlagt worden. Das Kollegium erklärte sich mit der Ausführung der baulichen Veränderungen einverstanden und bewilligte einstimmig die erforderlichen Beträge.

Einrichtung eines Laboratoriums im städtischen Schlachthof.

Um künftigen Verzögerungen, die zu Zwecken der Untersuchung durch etwa nötig werdenden Versand bei Nichtvorhandensein geeigneter Hilfsmittel eintreten würden, vorzubeugen, hat der neuangestellte Leiter des städtischen Schlachthofes angeregt, ein Laboratorium, in welchem die Fleischuntersuchungen und dergl. am Orte vorgenommen werden könnten, einzurichten. Die benötigten Apparate und Instrumente würden annähernd 8000 RM kosten. — Auch mit dieser Einrichtung erklärte sich das Kollegium einverstanden und bewilligte — ebenfalls einstimmig — den erforderlichen Betrag.

Beschaffung eines Trichinoskops für den städtischen Schlachthof.

Die Beschaffung eines Trichinoskops zur Untersuchung des Schweinefleisches ist ebenfalls als dringendes Bedürfnis bezeichnet worden, da die Zahl der täglich zu untersuchenden Tiere immer mehr wächst. Mit Hilfe dieses Apparates ist

es möglich, das Fleisch nicht nur auf Fleischschnecken, sondern auch auf Trichinen untersuchen zu können. Der Kaufpreis eines solchen Trichinoskops beträgt 600 RM. — Auch dieser Betrag wurde einstimmig bewilligt.

Veränderung der Eingangstüren an der Oberrealschule.

Gelegentlich einer beschränkten Besichtigung der Oberrealschule sind verschiedene Mängel aufgezeigt worden. Besonders ist als unvorschriftsmäßig und gefährdend bezeichnet worden, daß sowohl die vordere als besonders auch die hintere Eingangstür zum Schulgebäude beim Öffnen nach außen schlagen. Der Oberrealschul-Ausschuß hat vorgeschlagen, diese Mängel abstellen zu lassen, und zwar möchte zunächst die hintere Tür umgeändert werden. Die Kosten hierfür betragen 150 RM. Die Veränderung der Tür des Haupteinganges, die etwa 500 RM. Kosten erfordert, soll später vorgenommen werden. — Dem Vorschlage trat das Kollegium einstimmig bei. Die Mittel wurden bewilligt.

Sitzungen des Gemeindeverbandes für den Gebammenbezirk Riesa.

Diese Sitzung, die im Entwurf vorlag, enthält 20 Paragraphen. Sie tritt nach Genehmigung mit ihrer Bekanntmachung in Kraft. Der Entwurf ist u. a. zu entnehmen, daß die Stadt Riesa und die Gemeinden Poppitz, Mergendorf, Forberge und Pöhra einen Zweckverband bilden. Der Verband hat für die Einrichtung des Gebammenbezirkes nach der Verordnung über das Gebammenwesen vom 2. April 1924 und den hierzu ergangenen oder noch ergehenden Abänderungsverordnungen, soweit es zur Aufgabe der Gemeinde gehört, Sorge zu tragen. Insbesondere liegt dem Verbands die Wahl der Gebammen ob. Die Bestimmung des Wohnsitzes, die Anstellung, Verpflichtung, Kündigung der Gebammen hat durch den Rat der Stadt Riesa als Anstellungsbehörde im Einvernehmen mit dem Bezirksrat zu erfolgen. Der Verband wird von einem Ausschusse verwaltet, der gebildet wird aus dem Ersten Bürgermeister der Stadt Riesa, einem weiteren Ratsmitglied und drei Stadtverordneten von Riesa und den Bürgermeistern der Gemeinden Poppitz, Mergendorf, Forberge und Pöhra. Dem Ausschusse liegt die Aufsicht über alle in allen dem Verband betreffenden Angelegenheiten ob. Vorsitzender des Verbandes ist der Erste Bürgermeister der Stadt Riesa. Die Verbandsmitglieder haften untereinander im Verhältnis ihrer Einwohnerzahl Dritten gegenüber als Gesamtschuldner. Die für die Zwecke des Verbandes erforderlichen Mittel werden durch eine Umlage aufgebracht, deren Höhe sich nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl der einzelnen Gemeinden bestimmt. Als Einwohnerzahl ist die auf Grund der letzten amtlichen Volkszählung ermittelte maßgebend. Der Verbandskasse wird von der Stadthauptkasse in Riesa verwaltet. Diese hat alljährlich Rechnung zu legen. Das Rechnungsjahr deckt sich mit dem Rechnungsjahre des Stadthaushaltsplanes Riesa.

Die Gebammen erheben Gebühren nach der jeweiligen staatlichen Gebührenordnung für Gebammen. Bei Nichterfüllung des vom Ministerium des Innern festgesetzten jährlichen Mindesteinkommens hat der Ausschuss die Verpflichtung, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen über Erhaltungsbeträge an die Gebammen zu leisten. Die Entschädigung für unverschuldete Berufsunterbrechung und die entstehenden Kosten für die jeweilig angeordnete Fortbildung der Gebammen (Wiederholungskursus) hat der Verband gemäß den hierüber erlassenen Verordnungen des Ministeriums des Innern zu übernehmen.

Die übrigen Paragraphen enthalten Bestimmungen über Anstellung, Verpflichtung, Kündigung, Dienstentlohnung und Ruhestandsverteilung der Gebammen.

Die Errichtung einer IV. Klasse an der Oeffentlichen Höheren Handelsschule abgelehnt.

In einem Schreiben bittet der Vorstand der Handelslehre den Rat und die Stadtverordneten, die Errichtung einer IV. Klasse an Stelle der einstufigen Vorklasse zu beschließen, damit Oetern 1928 der Beschluß ausgeführt werden könne.

In der Eingabe, die durch Herrn Stadtv.-Vorsteher Günther zur Verlesung gebracht wurde, wird u. a. mitgeteilt, daß sich der Vorstand mit der an der Oeffentlichen Höheren Handelsschule bestehenden Vorklasse beschäftigt, die 1911 gegründet wurde. Mit der Verpflichtung der jungen Mädchen zum Besuche der Fortbildungsschule wurde die 1910 gegründete Mädchenabteilung mit 18 Stunden zu einer Mädchen-Vorklasse erweitert. Beiden Klassen wurde entsprechend den Wünschen der Schülerkinder 1920 eine Oberstufe aufgesetzt, so daß die Schüler und Schülerinnen nach 2jährigem Vollbesuche fortbildungsschulfrei wurden. Die Klasse Vorklasse wurde im Juli 1925 an einer höheren Abteilung mit Oberstudienreise (der früheren einjährigen-Klasse an der Realschule) ausgebaut, wobei der Bedingung nachgegeben wurde, die bestehende Vorklasse abzubauen. Infolge harter Anmeldungen gab die Handelslehre Dresden als Garant auf Nachsuchen die Genehmigung zur Weiterführung der gemischten Vorklasse nur für 1 Jahr (1927/28). Der Vorstand legte darum die Angelegenheit der Hauptversammlung des Handelslehre-Vereins vor, die den Wunsch auf Beibehaltung betonte. Unterstützung fand die Angelegenheit, daß sich das Stadtverordnetenkollegium damit beschäftigte und zu dem Beschlusse kam, mit allem Nachdruck die Weiterführung zu fordern. Trotz alledem besteht die Handelslehre Dresden, die als Garant der Handelslehre ihres Bezirkes die Schulmengen in alle 4 Klassen im ganzen Bezirk erhebt, auf dem Abbaue der bestehenden Vorklasse. Sie betont dabei das Bedürfnis nach einer umfassenderen Ausbildung der kaufmännischen Berufe durch die jährliche Berufsabteilung. Der Handelslehre-Vorstand hat deshalb am 18. Oktober beschlossen, die Angelegenheit infolge der Unklarheit der finanziellen Lage der Schule nicht weiter zu betreiben, da die Handelslehre von Beginn des Schuljahres 1928 an zum Besoldungsaufwande dieser Abteilung der Schule keinen Zusatz mehr zahlen könne, und daß der Stadt Riesa auch Beibehaltung der Klasse die noch entstehende Belastung nicht zugemutet werden kann.

Für diese einstufige Klasse kommt nun andererseits die Einrichtung einer Vorklasse (IV) der höheren Abteilung zur Erwägung. Diese Klasse ist an den meisten Höheren Handelsschulen bereits seit Jahren eingerichtet, da sie sich zur Erreichung des Lehrzieles als notwendig erwiesen hat. Auch für die Aufbauschulen ist dieses Schuljahr als erforderlich erachtet worden. Die Schüler würden nach erfolgtem 7. Volksschuljahr in die Vorklasse übernommen. Die Handelslehre erkennt die Zweckmäßigkeit dieser 4. Klasse an, weil sie gerade bei den kleineren Schulen, deren Schüler aus Schulen der verschiedensten Art und aus den verschiedensten Bevölkerungskreisen und Lebensverhältnissen aufkommen, die Möglichkeit bietet, in einem Vorbereitungsjahre den Bildungsstand der Schüler auszugleichen und diese damit für die Anknüpfung der schulfachlichen Kenntnisse allmählich vorzubereiten. Die Handelslehre hat sich selbst davon überzeugt, daß mit so vorgebildeten Schülern in den eigentlichen Fachklassen wesentlich günstigere Ergebnisse erzielt werden, als ohne solche

Vorbereitung. Die Handelslehre erklärt sich bereit, zu dem Besoldungsaufwande beizutragen.

Das Wirtschaftsministerium erachtet die Anknüpfung der 4. Klasse auch in Anbetracht eines einheitlichen Lehrplanes für die Höheren Handelsschulen als notwendig und macht die endgültige Entscheidung über die neu einzurichtenden Klassen und die Schulordnung von der Genehmigung der IV. (Vor-)Klasse abhängig.

Infolge einer Verordnung vom 21. 8. 26. an den Stadtv.-Vorsteher will das Wirtschaftsministerium die IV. Klasse der Höheren Abteilung genehmigen, falls die Vorklasse eingerichtet wird.

Infolge der Einlegung der einen Klasse und Errichtung der neuen Klasse würden keine Mehrkosten entstehen, die Schule würde auf dem jetzigen Bestande verbleiben. Die Grundschulnoten, die jetzt in reichem Maße den Schülern und Schülerinnen der starkbesetzten Vorklasse gewährt werden, könnten ausgenutzt werden in die IV. einretirenden Schüler und Schülerinnen verwendet werden, so daß auch den minderbemittelten Bevölkerungsschichten die Ausbildung durch die höhere Abteilung erhalten und gesichert bleibt. Neben der Handelslehre wegen einer zu hohen Note für die Schulgebührenminderungen werden im Einverständnis mit den beiden anderen Garantien zu stehen sein. Auch können für minderbemittelte Schüler und Schülerinnen die Jinsen der Schulstiftungen zur Verfügung gestellt werden.

Der Rat ist dem Vorschlage des Vorstandes der Oeffentlichen Höheren Handelsschule beizutreten.

Herr Stadtverordneten-Vorsteher Günther erklärt im Namen der SPD-Fraktion, daß sie die Vorlage ablehnt. Sie sei vermindert darüber, daß der Antrag auf Errichtung dieser Klasse erst jetzt an die Stadtverordneten komme, nachdem bereits im Juni vom Handelslehre-Vorstand beim Ministerium die Errichtung dieser Klasse beantragt worden sei. Diese Klasse könne auch kein Ersatz für die Vorklasse sein, da die hierfür angemeldeten Schüler in die 4. Klasse nicht aufgenommen werden könnten. Die für die Vorklasse angemeldeten müßten vielmehr in anderer Weise in der Handelsschule untergebracht werden. Ausschlaggebend für die Ablehnung sei die wesentliche Vertiefung der Ausbildung durch den verlängerten Besuch der Schule. Die Schulgebühren könnten diese Vertiefung nicht ausgleichen, zumal die Handelslehre erklärt hat, daß in Riesa zu viel Schulgebühren gewährt würden, obgleich die wirtschaftliche Krise vorüber sei. Der Vergleich mit der Aufbauschule sei ebenfalls nicht zutreffend. Die Aufbauschule ist eine allgemeinbildende Schule, die Handelsschule eine Berufsschule, die allermeisten Schüler auch der Höheren Abteilung werden Kaufleute. Wir wünschen aber, daß die Berufsausbildung als nur irgend möglich hinausgerückt wird. Wenn auswärtige Schüler nicht genügend vorgebildet sind, dann besteht für sie die Möglichkeit, bei viel geringeren Kosten 1 oder 2 Jahre eine höhere Volksschule zu besuchen. Wenn die Handelslehre betone, daß keine Mehrkosten entstünden, dann muß festgestellt werden, daß ohne diese Klasse Ersparnisse gemacht werden könnten. Nachdem Handel und Wirtschaft dauernd betont, daß die Gemeinden sparen sollten, müßten die Kreise der Wirtschaft mit gutem Beispiele vorangehen. Ersparnisse dürften nicht nur an der Volksschule gemacht werden. Das Wirtschaftsministerium kann uns z. B. nicht zur Errichtung der Klasse zwingen, es hat nur erklärt, daß es geneigt sei, die Klasse zu genehmigen. Das legt natürlich voraus, daß sie vorher beantragt worden sein muß.

Obne weitere Aussprache wurde die Ratsvorlage mit Mehrheit abgelehnt.

Antrag der SPD-Fraktion, die Beschlässe des Städt. Bodenreformers und Siedlerkongresses betr.

Es handelt sich hier um die folgende, von uns bereits in dem Berichte über den kürzlich in Riesa stattgefundenen Städt. Bodenreformer- und Siedlerkongress veröffentlichte Entschliessung.

Der Besultreten das Kollegium erlaubt wurde. „Die auf dem Städt. Heimstätten- und Bodenreformtag in Riesa am 20. Nov. 1927 Versammelten erheben die Forderung, daß die durch die Inflation hervorgerufene Entschleunigung des Hausbaues der Allgemeinheit, insbes. dem Wohnungsbau nutzbar gemacht wird. Sie vertreten jedoch den Standpunkt, daß die Aufwertungssteuer in der gegenwärtigen Form der Mietsteuer den Grundbesitz der Gerechtigkeit nicht entspricht. Sie fordern deshalb, daß die Mietsteuer durch eine Wohnungsbausteuer ersetzt wird, die einen bestimmten Prozentsatz der Friedensmiete für den Wohnungsbau erhebt. Eine Erhöhung der Miete durch diese Wohnungsbausteuer über den gegenwärtigen Satz von 120 Prozent ist jedoch aus sozialen Gründen untragbar. Soweit die Erträge der Aufwertungssteuer für den allgemeinen Finanzbedarf nicht durch andere Steuern ersetzt werden können, muß gefordert werden, daß diese Steuer nach dem reinen Bodenwert erhoben wird. Eine solche Steuer würde nach dem Beispiel von Anhalt reiche Erträge abgeben und dabei den Grundbesitz der Gerechtigkeit voll entsprechen. Die städtische Grundsteuer bedeutet für die Wohnungsbauten, die in der Zeit vom 1. 1. 1924 bis 1. 3. 1928 erstellt worden sind, eine ungerechtfertigte Härte. Als zur Regelung der Grundsteuer durch das Reichsbrämenengesetz muß deshalb verlangt werden, daß diese Härte dadurch behoben wird, daß das Städt. Gesetz über die Steuer- und Gebührentreue vom 27. Mai 1923 auf den 1. Januar 1924 rückwirkend wird. Für das Reichsbrämenengesetz zur Grundsteuer muß gefordert werden, daß die Grundsteuer als reine gestaffelte Grundwertsteuer auszubauen ist und jede Verzerrung mit der Gewerbesteuer unterbleibt.“

Nachdem Herr Stadtv.-Vorsteher Günther zu den in der Entschliessung enthaltenen Einzelheiten gesprochen hatte, wurde die Vorlage mit Stimmenmehrheit angenommen. Wegen der Vorlage stimmte die bürgerliche Fraktion.

Verabschiedet.

In einem Schreiben des Herrn Alfred Münch, Neuwieda, eine Unterstutzung zum Zwecke der Erweiterung seines Handelsgewerbes betr., wurde beschlossen, die Eingabe an den Rat weiterzuleiten.

Von einem Angebot eines Leipziger Architekten, Wohnungsbau betr., wurde Kenntnis genommen. Auch dieses Schreiben soll der zuständigen Stelle zugeführt werden.

Von einer Einladung der Vertung und Lehrerschaft der Oberrealschule zu dem am 7. Dezember stattfindenden Schulfest wurde Kenntnis genommen.

Ebenfalls Kenntnis genommen wurde von einer eingereichten Beschwerde der Anwohner des Marmorwerkes Schulse L. G. In dem Schreiben führen die betr. Anwohner Klage über Störungen, deren sie durch den fragl. Betrieb ausgesetzt seien und bitten um Beseitigung und Anordnung von Maßnahmen, durch welche die Störungen behoben werden. — Das Kollegium beschließt, das Schreiben dem Räte zu überweisen mit der Bitte, für Abhilfe Sorge zu tragen.

Auch ein Schreiben der Freien Sportlervereiniguna Riesa, in welchem um Ueberlassung des ehemaligen Schmiedegebäudes in der Steiluna Neue Hoff

nuna" zu Verhandlungen usw. erhalten wird, soll an dem Tag mit der Sitzung der Sitzung, wenn das möglich ist, an entwerfen, weitergeleitet werden.

Auf Anregung der Stadt, Frau Berger wurde einplanmäßig beschlossen, die Zeichnung der im Stadteil Gröden freilegenden Gemeindeflächen in der Weise auszuführen, daß die "Vollstreckung" und in der "Arbeitsleistung" auszuführen.

Der Stadt-Vorsteher G. A. H. hat bemerkt, daß die vom Kollegium beschlossene Umbenennung von verschiedenen Straßen und Plätzen noch nicht amtlich bekanntgegeben worden sei, während andererseits die städtischen Autobusse die neuen Bezeichnungen bereits seit mehreren Wochen führten. Auch seien die neuen Schilder an den in Frage kommenden Straßen und Plätzen noch nicht angebracht worden.

Der Stadt-Vorsteher G. A. H. hat bemerkt, daß die Angelegenheit insofern eine Beratung erfordere, als die in Auftrag gegebenen Schilder bis heute noch nicht eingetroffen seien. Die Bekanntmachung der Straßennumbenennung könne nicht erfolgen, solange die benötigten Schilder nicht zur Stelle seien. Die Mahnung des Betriebsamtes sei eine Berechtigung, denn niemand habe diesen einen Auftrag gegeben. Lediglich sei im Rat noch die Frage erörtert worden, die Umbenennung eines bestimmten Straßennamens zu prüfen.

Der Rat habe es für seine Pflicht gehalten, auch aus Gründen der Sparsamkeit, eine Straße nicht ohne Not umzubenennen. Die betr. Firma sei übrigens nochmals an die Lieferung der Schilder erinnert worden.

Der Stadt-Vorsteher G. A. H. hat bemerkt, daß die Umbenennung des Platzes jetzt allerdings eine andere sei, als früher; man habe beifriedigend während des Krieges die Bahnhofstraße in Krona-Post-Straße umgetauft. Was die Mahnung des Betriebsamtes anbelangt, so könne er mitteilen, daß diese von der Öffentlichkeit begrüßt worden sei. In der vom Herrn Ersten Bürgermeister angelegenen Umbenennung einer gewissen Straße handele es sich um den Georgplatz im Stadteil Gröden, der seinen Namen nicht nach dem früheren Adria-Georg-Bezirk erhalten solle, sondern nach einem früheren verdienten Ortsbewohner. Die sozialdemokratische Fraktion fordere aber, daß der Beschluß des Kollegiums, den Georgplatz nach dem ersten Präsidenten der Deutschen Republik umzubenennen, durchgeführt werde und beantrage ausdrücklich, daß der Georgplatz mit in die umzubenennenden Straßen aufgenommen wird und daß dieser den Namen Friedrich-Ebert-Platz erhält.

Nachdem auch Herr Stadtd. Horn gegen die Beibehaltung des letzten Namens gesprochen hatte, wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Sozialisten und der beiden Vertreter der Partei f. Volk u. Aufw. angenommen. Damit erreichte die öffentliche Sitzung kurz nach 14 Uhr ihr Ende. Es wurde in nichtöffentlicher Sitzung weiterberaten.

Vertikales und Sächsisches.

Mies, den 30. November 1927.

Wettervorhersage für den 1. Dezember. Mitteil von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden. Hochland: Bedeckt bis wolkef. örtlich noch neblig ohne erheblichen Niederschlag. Leichter Nordost. Tag über wenige Grad über Null. Schwache bis mäßige Winde aus östlichen Richtungen. Abends: Bedeckt bis wolkef. stellenweise Nebel ohne erheblichen Niederschlag. Schwacher bis mäßiger Frost anhaltend. Wichtige Winde aus östlichen Richtungen.

Daten für den 1. Dezember 1927. Sonnenaufgang 7.41 Uhr. Sonnenuntergang 15.56 Uhr. Mondaufgang 18.06 Uhr. Monduntergang 22.48 Uhr.

1521: Papst Leo X (Giovanni di Medici) gest. (geb. 1475);
1709: der Kängelrechner Abraham a Santa Clara in Wien gest. (geb. 1644);
1825: Kaiser Alexander I. von Rußland gest. (geb. 1777);
1859: der Waler Alfred Reibel in Düsseldorf gest. (geb. 1816);
1910: der Altitalienische Adolph Graf von Goeben in Hamburg gest. (geb. 1836).

Sächsische Landesschauspiele. Donnerstag, den 1. Dezember. "Johannisfeuer", Schauspiel von Sudermann. Die "S. L." ehrt Hermann Sudermann, den neuer Jahrsjahrgang, indem sie gerade "Johannisfeuer" als Neueinführung in den neuenten Spieljahre bringt. In früheren Spieljahren brachte sie von Sudermann "Das Bild im Winkel", "Heimat", "Die Schmetterlingsflügel" und "Die Denkmalweihe". Die Aufnahme dieser Stücke durch die Theatergemeinden der "S. L." hat bewiesen, wie glücklich der Griff nach den von dem Großteil der Kritik so verachteten Dramen Sudermanns gewesen ist. Denn nicht immer hat nur der berufsmäßige Kritiker recht; auch das Publikum hat recht. Vor allem dann, wenn es künstlerisch so klüßlich ertragen wird, wie durch die Leistungen der "S. L.". Und darum möge dem Dichter des "Johannisfeuer" der Dank und der Glückwunsch zum Jubiläum aus diesem Kreise besonders nachdrücklich dargebracht werden. — In den Hauptrollen: Emil Janson (Vogelreiter), Hilda Wolf (seine Frau), Gretel Fiedler (Frau), Hermann Grunow (Baumeister Hartwig), Anna Anna (Heimchen). — Beginn 8 Uhr. — Bühnenbild: Maximus René; Bühnenmusik: Ernst Reihig; — Inspektion: Otto Reihig. Dekoration aus eigenen Werkstätten.

Militärkonzert. Auf das morgen Donnerstag abend 8 Uhr im Stern stattfindende Kavallerie-Konzert des Militärvereins "Deutsche Kavallerie" wird nochmals aufmerksam gemacht.

Geschicklichkeit. Durch das überlauten Getöse eines Motorrades wurde heute mittag an der Ecke der Goethe- und Schulstraße das Pferd eines Gefährten aus Staub und Schmutz gehoben und rannte in das Fenster der Wagens des Kaufmanns Winter. Die Deichsel und das Fenster wurden zertrümmert und das Pferd oberhalb des einen Auges verletzt. Der Gefährte kam mit dem Schrecken davon. — Augenärzten des Unfall werden gebeten, sich in der Postzelthauptwache (Haupthaus) zu melden.

Au der Jubiläums-Ostausstellung des Bezirksobstbauvereins Großenhain sind die Anmelddaten zur Ausstellung bis jetzt in sehr großer Anzahl eingegangen. Aus 65 Ortsteilen des Bezirkes werden 145 Aussteller Obst, Gemüse, Feldfrüchte und Getreide in weit über 1000 Einzelstücken zur Schau stellen. Dazu kommen noch eine Anzahl Firmen mit Wirtschaftsgegenständen, Gebrauchsgütern und Literatur. Die Gartenbauvereine Großenhain und Umgebung und die Blumen-Gesellschaften werden ihre Kunst in geschmackvoller Weise dem Ausstellungsbesucher vorführen. Der Landesobstbauverein mit seiner hochinteressanten und wissenschaftlichen Ausstellung wird die Landwirtschaft besonders interessieren. Einen herrlichen Eindruck werden die großen Mengen von süßlichen Früchten machen. Jetzt sind auch fast alle Spätfrüchte lagernd, sie haben prächtiges Aroma und leuchtende Färbung. Deshalb wird sich diese Ausstellung von allem bisher Gelebten besonders abheben.

Zur Erkrankung des Landtagspräsidenten Schwartz. Die "Dresdner Volkszeitung" teilt mit, daß das Bestehen des Landtagspräsidenten Schwartz noch immer nicht befriedigend sei. Schwartz sei am Montag zur besseren Befundung nach der Heilstätte in Gottleuba gebracht worden und es sei damit zu rechnen, daß er noch einige Wochen seiner Tätigkeit im Landtag fernbleiben müsse.

Aus dem Landtag. Dem Landtag ist der Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung einer sächsischen Landespolizei vom 20. Juli 1925 ausgegangen. Ferner eine Vorlage über die Fortbildung der Aufwendungen für den Lebensbedarf infolge politischer Maßnahmen. Ein Antrag auf Fortbildung der Aufwendungen für den Lebensbedarf infolge politischer Maßnahmen. Ein Antrag auf Fortbildung der Aufwendungen für den Lebensbedarf infolge politischer Maßnahmen.

Der Konflikt zwischen Metzger und Metzgerinnen wegen des Zwangsabzugs von den Metzgerinnen der Metzgerinnen hat den Dr. R. H. zufolge neuerdings zu ernstlichen Differenzen zwischen der Metzgerinnenschaft und der Metzgerinnenschaft geführt. Der sächsische Landesverband hat an das Gesundheitsministerium eine Eingabe gerichtet, in der gegen die Zwangsabzugsordnung und gegen die Metzgerinnenabzugsordnung in der Poliklinik des Landtages vom 17. d. M. Einspruch erhoben wird. Weiter wird in der Eingabe u. a. erklärt: Wir leben von nun an alles ab, was über unsere eigene ärztliche Tätigkeit hinaus von uns verlangt wird. Wir lehnen es ab, der Metzgerinnenschaft die Erfüllung ihrer Aufgaben in der allgemeinen Gesundheitspflege irgendwie freiwillig zu helfen. Wir lehnen dementsprechend auch die Mitarbeit an der angeordneten Abklärung der Geschlechtskrankheiten ab.

Deutscher Verein für Volkshygiene. Der Deutsche Verein für Volkshygiene, dessen Sitz 1925 von Berlin nach Dresden verlegt worden ist, vor dem Weltkrieg seine kampflose Tätigkeit in über 40 über das ganze Deutsche Reich verstreuten Ortsgruppen mit fast 8000 Mitgliedern ausübte und jetzt sich neu organisiert und in großem Maße die alte Arbeit wieder aufgenommen hat, wird seine diesjährige Hauptversammlung am Sonntag, den 4. Dezember 1927 in Leipzig abhalten. Ihr geht eine Gesamthandlung voraus. Gelegenheit der Hauptversammlung, die vormittags 11 Uhr im Hofsaal der Neurologie der Universität in der Philipp-Rosenthal-Straße 2 stattfindet, wird Privatdozent Dr. med. H. H. einen Vortrag über "Vererbungsfragen und Erbschaftsfragen" halten. Alle anderen Anfragen über Organisationsangelegenheiten und anderes erledigt die Geschäftsstelle des Deutschen Vereins für Volkshygiene, Dresden-Kf. 24, Reichstraße 4, 2.

Die sächsische Regierung über die Vermögenssteuer. Das sächsische Innenministerium hat eine Verordnung herausgegeben, die für alle Gemeinden von der größten Bedeutung ist. Es hat sich in der Verordnung dagegen ausgesprochen, daß die Gemeinden bei Festsetzung der Vermögenssteuern nicht über einen Steuerfuß von 30 Prozent hinausgehen. Es vertritt den Standpunkt, daß der Steuerfuß für Erwerbshäuser außerhalb der Inflationszeit bezugsfähig ist und für die Fälle der Inflationserwerbs nicht heraufgesetzt werden soll. Dabei verweist es auf ein Schreiben des Reichsfinanzministeriums, in dem den Landesregierungen nahegelegt wird, bei der Vermögenssteuer nicht über einen Fuß von 30 Prozent hinauszuweichen. In Bayern, Baden usw. sei der Fuß von 30 Prozent als Höchstfuß festgelegt. Sächsisch wird auch noch darauf verwiesen, daß das Reichsfinanzministerium in einem Heft, in dem eine sächsische Gemeinde ihre Vermögenssteuer in der Höhe wie Dresden (Steuersatzung 50 Prozent) regeln wollte, das zuständige Landesfinanzamt angewiesen hat, wegen Schädigung überwiegender Interessen der Reichsfinanz Einspruch zu erheben.

Wauernregeln für den Monat Dezember. Frost im Dezember, der halb wieder aufbricht, deutet auf einen mäßigen Winter; hält der Frost an, so ist ein kalter Winter zu erwarten. — Die zwölf Nächte von Christnacht bis heilige drei Könige sollen die Witterung der kommenden zwölf Monate andeuten. — Ist es um Weihnachten feucht und naß, so gibt's leere Speicher und leeres Fach. — Wenn in der ersten Adventwoche strenges, kaltes Wetter herrscht, so soll es volle 18 Wochen anhalten. — Auf Barbara (4. Dezember) die Sonne weicht, auf Lucia sie wiederum beschleicht. — St. Lukas (18. Dezember) macht den Tag kühler. — St. Vit hat den längsten Tag, Lucia die längste Nacht vermag; St. Gregor und das Kreuz macht den Tag so lang gleich als die Nacht. — Grüne Weihnachten, weiße Ostern. — Dezember fällt mit Sonne, gibt Korn auf jeder Döhl. — Ist der Winter warm, wird der Bauer arm. — Gelindes Wetter um Weihnachten ist ein Vorbote, daß die Kälte lange hinaus währen werde, das ist, wenn es nicht vorwintert, so wintert es nach. — Weht der Wind am St. Stephanstag (26. Dezember), geht's, daß der Wein nicht moßlerat.

Döbeln. Diamanten Hochzeit. Am Montag feierte der hiesige Einwohner Ernst Wiegand mit seiner Ehefrau das seltene Fest der diamantenen Hochzeit. Die Jubilare stehen im Alter von 85 und 83 Jahren.

Großenhain. Der Antrag der Oberrealschule. Die Ober-Sekunda genehmigt. Laut einer an den Statrat gelangten vorläufigen Mitteilung, hat das Ministerium nun doch genehmigt, daß Othern 1928 an der hiesigen Realschule zunächst die Ober-Sekunda aufgelegt wird. Damit scheint der Anfang zum definitiven Aufbau der Ober-Realschule nunmehr gemacht.

Werna. Nach ein Opfer der Hochwasserkatastrophe im Erzgebirge aufgefunden. Dem Wernaer Angehörigen zufolge fand man gestern bei Abbruch- und Aufräumungsarbeiten in Bergschutt die Leiche eines seit nahezu fünf Monaten vermissten Felsbergkletterers, der anschließend in der Unwetternacht vom 8. Juli bei Rettungsarbeiten ums Leben gekommen ist. Die Leiche war nur an den Kleidungsstücken kenntlich.

Kamen. Todesfall. Studienrat Franz Thierfelder an der hiesigen Oberrealschule hielt aus Anlaß des Beginnes der Adventszeit während einer Andacht im Festsaal der Realschule eine Ansprache. Wenige Minuten, nachdem er mit dem Amen seine Worte geschlossen hatte und der Adventschoral verklungen war, sank er in den Armen der ihn stützenden Kollegen zusammen.

Bautzen. Uebermals ein Kind beim Baden tödlich verunglückt. Am Sonntag nachmittag fiel das fünfjährige Söhnchen des in Reudorf wohnhaften Wertmeisters Weber beim Baden und Schlittschuhfahren in die Spree. Da die herrschende Strömung das Kind sofort erfaßt und wegspült hatte, konnte dasselbe erst nach ungefähr einer viertel Stunde von seinem unglücklichen Vater aus dem Wasser gezogen werden. Die angelegten Wiederbelebungsversuche blieben leider erfolglos.

Leipzig. Das Ergebnis der Angelegenheitenwahlen. Bei den am Sonntag, den 27. November 1927, in Leipzig vor sich gegangenen Wahlen zur Angelegenheitenversicherung haben erbalten die Liste A (Bund der Technischen Angestellten) 1181 Stimmen, Liste B (Gewerkschaftsbund der Angestellten) 8874, Liste C (Deutscher Gewerkschaftsbund der Angestellten) 8404, Liste D (Zentralverband der Angestellten) 4428, Liste E (Deutscher Wertmeisterverband) 1987, Liste F (Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten) 4421, Liste G (Deutscher Handwerkerverein) 737, Liste H (Gesamtwirtschaftlicher Angestelltenverband) 893, Liste I (Allgemeine Vereinigung der Angestellten des Buch-, Kunst- und Musikalienhandels) 851 und Liste K (Allgemeiner Verband der Versicherungsangestellten) 867 Stimmen. Insgesamt wurden 30 557 gültige und 171 ungültige Stimmen abgegeben. Es erbalten demnach Liste A 1, Liste B 7, Liste C 7, Liste D 4, Liste E 1, Liste F 4 Sitze und die Listen G, H, J und K keinen Sitz.

Zu a. Mit 82 Jahren nach Selbstmord begangen. Die 82-jährige Schmeibemisterrin F. hat sich durch Erhängen das Leben genommen. Schwermut dürfte der Grund zur Tat gewesen sein.

Stralsund. Der Berufsfeuerverband hat sich in seiner letzten Sitzung mit dem Bau eines neuen Schulgebäudes beschäftigt. Dieses soll, wenn die Finanzierung durchgeföhrt ist, im kommenden Jahre errichtet werden. Nach den jetzigen Schätzungen betragen die Kosten auf etwa 650 000 M. Voraussetzung wäre, daß sich der Berufsfeuerverband mit dem hiesigen Verband vereinigt.

Borna d. Leipzig. Explosionsunfall. Bei Ausbesserungsarbeiten an der Eisenbahnbrücke in der Nähe von Borna explodierte aus noch nicht feststehenden Gründen eine zur Beleuchtung der Arbeitsstätte dienende Karbidlampe. Ein schwerer Eisenkegel wurde dem Vorarbeiter Gaudenreiter an den Kopf geschleudert. Der Schwerverletzte wurde in das Krankenhaus gebracht, wo er kurz nach seiner Einlieferung verstarb.

Dartha. Junger Betrüger. Wie mitgeteilt wird, hat die Wolkerei Philipp Baur in Dartha seit kurzer Zeit einen Fürsorgeadligen aus Wittweide in Stellung. Montag morgen um 8 Uhr hat der Betrüger den Fürsorgeadligen in die benachbarten Dörfer zum Milchholen mit Pferd und Wagen geschickt. Außerdem hat er ihm noch einen größeren Geldbetrag mitgegeben, um die Milchrechnungen zu bezahlen. Der Milchfischer sollte bis um 8 Uhr wieder zurück sein. Um diese Zeit wurde aber Herr Baur mitgeteilt, daß in der schmalen Gasse, hinter Hagenmüllers Fabrik, schon mehrere Stunden ein Wagen mit Pferd ohne Beaufsichtigung stehe. Die Vermutung, daß der Betrüger mit dem Geldbetrag abgelaufen sei, wurde zur Wahrheit. Die Fahndung nach dem ungetreuen Putschler ist im Gange. Daß auch der Junge sehr rücksichtslos ist, geht daraus hervor, daß er das Pferd bei der herrschenden Kälte ohne Decke mehrere Stunden auf einer Stelle im Freien stehen ließ.

Chemnitz. Verbestrafung. Die Kriminalabteilung teilt mit: Am 27. November, abends in der 11. Stunde, hat ein dreißig Jahre alter Schweißer, der von seiner Ehefrau getrennt lebt, versucht, seiner Geliebten, einer in der Vorstadt Gabeln wohnenden, getrennt lebenden Ehefrau und Stiebtöchterin mit einem Rasiermesser die Kehle zu durchschneiden. Er hat bisher mit seiner Geliebten zusammen gewohnt, und als er hier plötzlich das Messer an die Kehle gesetzt hat, hat diese das Messer erfaßt und festgehalten. Dadurch hat sie sich mit dem Rasiermesser daran an der rechten Hand verletzt, daß sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Der Grund zur Tat des Schweißers ist darin zu suchen, daß ihn seine Geliebte in ihrer Wohnung Vorhalte wegen Unterschlagung gemacht hat, die er zum Nachteil einer hiesigen Firma nach und nach in Höhe von insgesamt 2200 Mark begangen hat. Der Täter wurde festgenommen und der Staatsanwaltshaft zugeführt.

Sachsenheim-Gallberg. Tödlicher Unglücksfall. Ein schweres Unglück widerfuhr der Familie Hammer im nahen Gohndorf, deren fünfjährige Tochter sich am Sonntag abend mit einem offenen Bicht in den Abort begab, wo die Kleider des Kindes Feuer fingen. Das Mädchen erlitt so schwere Verbrennungen, daß es noch am gleichen Tage starb.

Waldenburg (Sachsen). Die Läden an allen vier Adventssonntagen geöffnet! Der Antrag des Verbandes für Handel, Handwerk und Gewerbe zufolge können die hiesigen Geschäfte an allen vier Adventssonntagen geöffnet sein. Diese Regelung ist dadurch möglich geworden, daß andere Sonntage, die weniger Wert für den geschäftlichen Verkehr hatten, aufgegeben wurden.

Weitere örtl. und sächs. Nachrichten in der 1. Spalte.

Schulfragen vor dem Ausbruch.

Berlin (Funknachr.). Der Bildungsausschuß des Reichsausschusses beschäftigte sich heute Mittwoch weiter mit den Schulfragen des Unterrichts- und des geordneten Schulbetriebs.

Abg. Bickel (Soz.) befragte die Schaffung von Jugendkassen.

Abg. Philipp (Dnat.) sah für die großen Städte keine Gefahr, da dort immer mehrklassige Schulen geschaffen werden können.

Ein Vertreter des Nordwestdeutschen Ausschusses machte geltend, daß die von den Ausschüssen verlangten Angaben über die Lage der Kinderarbeiten in Deutschland.

Im Laufe der weiteren Besprechung vertrat Abg. Hübner (Dnat.) auf die Erfolge der einlässigen Schulreform, die weniger auf den Schulbetrieb als auf die Charakterbildung an.

Frau Abg. Dr. Bäumer (Dem.) kündigte einen Antrag zur Klärung des Begriffes "geordneter Schulbetrieb" an, der die Einzelheiten der Länder überlasse, wegen Schulschulden der Kinderarbeiten davon sei abgesehen.

Abg. Philipp (Dnat.) fragte nach dem Schicksal der Realschulen, wenn die Anstaltschulen den größeren Teil der Schüler übernehmen.

Frau Abg. Dr. Raab (Dnp.) begründete einen Antrag, der die gegenwärtige Höhe schulfördernder Entschlüsse in den einzelnen Gemeinden erhalten will.

10 Millionen Mark Hindenburgpende.

Berlin (Funknachr.). Die Sammlungen zur Hindenburgpende haben rund 7 Millionen Mark in bar erbracht. Hinsin tritt der Erlös aus den Hindenburgbriefmarken, die bekanntlich noch bis Ende Januar vertrieben werden. Er wird auf 2 1/2 Millionen Mark geschätzt, so daß unter Einzurechnung der im Rahmen der Hindenburgpende dem Herrn Reichspräsidenten dargebrachten Sachzuwendungen in Gesamthöhe von 10 Millionen Mark ergibt.

Der Herr Reichspräsident hat die ihm vom Deutschen Volk dargebrachten Mittel einer in diesen Tagen errichteten rechtshändigen Sitzung "Hindenburg-Pende" überwiesen. Ihre Einnahmen bestimmen als Zweck, die Ergänzung der gesetzlichen Versorgung der Veteranen, Kriegsbekämpften u. Hinterbliebenen und im Rahmen der aus dem Reichsausschuß zur Verfügung stehenden Mittel die Unterstützung schwererleidender Mittelstandsbekämpfter, Sozialrentner usw.

Zum Konflikt in der Zigarrenindustrie.

Berlin (Funknachr.). Im Reichsarbeitsministerium haben heute die Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts in der Zigarrenindustrie begonnen.

Die Krankenversicherung der Seeleute.

Berlin. Der Reichsausschuß für soziale Angelegenheiten führte die allgemeine Aussprache über den Versicherungslauf durch, der die Seeleute in die Krankenversicherung einbeziehen will. Ministerialdirektor Wisler vom Reichsarbeitsministerium führte dazu u. a. aus, daß die neu zu bildende See-Krankenkasse mit 50 000 Mitgliedern rechnen könne. Die Kasse werde für die Familienhilfe mit 14 000 Seemannsfrauen und 28 000 Seemannskindern begründet werden. Schätzungsweise wird die neue Krankenkasse jährlich durchschnittlich 2 1/2 Millionen RM. aufzubringen haben. Da bei der Seebekämpfung die jährliche Lohnsumme rund 100 Millionen RM. beträgt, genügt für die See-Krankenkasse der Beitragsfuß von 2 1/2 % des Entgelts. Heute Mittwoch wird der Ausschuß die Einzelangelegenheiten der Vorlage beinhalten.

Weihnachts-Verkauf

Außergewöhnlich vorteilhafte Weihnachtspreise
in allen Abteilungen des festlich geschmückten Hauses

Der Geschenke-Einkauf hat begonnen! — Wir erwarten Sie alle mit Freuden!

Alle Abteilungen sind gerüstet. Wir haben es uns zur besonderen Pflicht gemacht, unsere qualitätsreichen Waren sehr preiswert zum Verkauf zu stellen. Sie finden wirklich brauchbare, praktische Geschenke für jeden Zweck. Jeder Käufer wird heimgehen in dem frohen Gefühl, das Passende gefunden und nicht teuer bezahlt zu haben.

Unsere Hauptartikel sind:

Damen- und Kinder-Mäntel — Kleiderstoffe — Leinen- und Baumwollwaren
Leibwäsche und Schürzen aus eigener Fabrik — Trikotagen — Strümpfe
Oberhemden und sämtliche Herrenartikel — Steiners Betten und Zubehör
Decken aller Art — Taschentücher — Tischtücher

Wir tauschen alles
bereitwilligst um

Auf alle Preise Rabattmarken!

Wir nehmen Ihre Rabatt-
bücher als Geld in Zahlung

Geb. Riedel

Das gute Einkaufshaus
für Stadt und Land

Geb. Riedel



Die **Alpina**
das schönste Geschenk!

Wie wenige Menschen wissen doch den Wert einer guten Uhr zu schätzen.

Wie viele quälen sich mit einem verbrauchten Zeitmesser ab, ohne daran zu denken, daß schon zu einem erschwinglichen Preis eine zuverlässige **Alpina**-Uhr zu haben ist.

Alpina-Uhren-Verkaufsstelle

A. Herkner

Inh. Johannes Kühnert

Wettinerstraße 6.

Matrassen
Gofas und
Chaiselongues

sowie alle
Umarbeitungen
fertigt an

Max Mrsos

Sattlermeister
Gauptstraße 24.

Verkaufe

2 Kleiderchr., 1 Wäschchr.,
1 Kredenz, 1 Regenschirm
6 Stühle (Rohr) u.
1 Kommode u. 2 Polsterstühle
1 Regulator
Goethestr. 73, 2. L.

Echt Nussb.-Büfett
und Trumeau
preiswert zu verkaufen.
Su erfr. im Tagel. Hiesl.

Alle Arten

Felle

kauft zu höchsten
Tagespreisen

Otto Meißner

Riefa, Wilmart 3.

Großer erzgeb. Weihnachts-
Spielwaren-Verkauf
in Gröba, Bahnhof Gröba.

Für
Weihnachts-
Geschenke

finden Sie eine
Riesenauswahl in

Kaffee-, Tafel- und
Wasch-Service
Nickel-, Alpaka- und
Solinger Stahlwaren
Korbmöbel u. Korb-
waren aller Art
Spielwaren

vom billigsten bis zur
besten Ausführung im

Rieser Kaufhaus

E. Pätzold

Wettinerstraße, Ecke Wilhelmstraße.

Große Auswahl in

Grammophonen und Platten

große Tischapparate von 45 M. an
Standapparate 115 M. usw.

L. Winkler, Fahrrad-Geschäft
Gauptstraße 88.

Leicht gemacht

wird es Ihnen in Riefel erkem und
ordnen Warenkreditbank.

Niedrige Anzahlung
Bequeme Ratenzahlung.

Alle Kunden auch ohne Anzahlung.
3 bis 9 Monate Kredit.

Herren- und Damen-Konfektion
Bett- und Leibwäsche, Gardinen
Gefütterte Windjacken, Pullover,
Tobacn, Dosen, Schlofferanzüge.

Schuhwaren.

Auf Wunsch kommt Vertreter mit Muster ins Haus.

E. Kaluscha, Schloßstr. 19.



Elegante
Puppenwagen

Schaukelperde
und große Puppen
eingetroffen.

Diese Woche billiger Verkauf.

L. Winkler, Spielwarengeschäft
(Nähe Stadtapoth.) Hauptstr. 83.

Haben Sie schon Electrola gehört?
Wenn nicht, lassen Sie sich den
Apparat unterbindlich vorführen.
Sie werden überrascht sein.

ELECTROLA

Musikapparate und Platten

empfiehlt in großer Auswahl

B. Zeuner, autorisierte Electrola-
Verkaufsstelle
Riefa, Gauptstr. 73, Telefon 686.

F. R.

Freitag, den 2. Dezember
abends 8 Uhr
Vebung u. Versammlung
im Depot.
Das Kommando.

Mittagstisch

preiswert u. reichlich bietet
Hotel Wettiner Hof.
Die heutige Nr. umloßt
16 Seiten.

Zur Ausführung

elektrischer Beleuchtungsanlagen
elektrischer Kraftanlagen
Elektro-Motor-Neuwicklungen und dergl.

Zur Lieferung

von Beleuchtungskörpern, Koch- und Heiz-
apparaten, elektrischer Apparate für Heil-
zwecke und Körperpflege empfiehlt sich

Max Arnold

Elektrotechnische Werkstätten und Installationsbüro
Fernruf 318 Goethestr. 63

Wetterprognose für Dezember.

Von dem Deutschen Zentralbüro für astronom. Wetterkunde. Direktor H. M. Grimm, Bad Tölz. Ein annähernd milder Wintermonat mit mäßiger Temperatur und mäßigen Niederschlägen. Am Anfang sehr kalt, am Ende ebenfalls, aber geringer. Weiße Weihnachten. Das Wetter gestaltet sich in den Wendaten wie folgt: 1.-5.: Veränderlich mit heftigen Winden und Niederschlägen. 6.-10.: Kaltes Wetter mit zunehmender Kälte. 11.-15.: Windig und kühl mit gelegentlichen Niederschlägen. 16.-20.: Schönes Wetter (anfangs Störungen). 21.-25.: Kaltes Wetter mit Wind. 26.-31.: Windiges Wetter mit gelegentlichem Niederschlag.

Aus den Landtagsausschüssen.

Hd. Dresden. Im Haushaltsausschuss B des Landtags wurde gestern der Antrag Nr. 30 der Deutschen Volkspartei, der sich mit der Forderung der Berücksichtigung des regionalen Grundsatzes bei der Bildung des endgültigen Reichswirtschaftsrates beschäftigt, behandelt. Der Bericht-erstattende Abg. Vippa (D.V.P.) stellte fest, daß die jetzt dem Reichstag vorliegende Vorlage gegenüber dem ursprünglichen Regierungsentwurf mancherlei Verbesserungen im Sinne des Antrages bringe. Es könne sich dabei nur darum handeln, daß die Interessen des Landes Sachsen und seiner Wirtschaft bei der Bildung der einzelnen Gruppen des Reichswirtschaftsrates berücksichtigt werden. Der Ausschuss nahm daher den Antrag an, die Regierung zu eruchen, daß bei der Bildung des endgültigen Reichswirtschaftsrates das regionale Prinzip dadurch betont wird, daß die Regierung einmal bei der Benennung der Mitglieder der Gruppe 13 a sich mit allen Kräften für die Belange der sächsischen Wirtschaft einsetzt und daß sie weiter auf die Reichsregierung dahin einwirkt, daß diese bei der Berufung der Mitglieder der Gruppe 14 den bedeutendsten Interessen des Freistaates Sachsen und seiner Wirtschaft Rechnung trägt. Weiter beschließt den Ausschuss Eingaben der Stadträte in Dippoldiswalde und Lauenstein, sowie des Vereins für Wasserkraft im Müglitztal, die den Bau von Zalsperren im Hochwasserfaktropfengebiet des Sommers 1927 fordern. Sie wurden der Regierung im Hinblick darauf, daß dem Landtag die von ihm geforderte Denkschrift über die sächsische Wasserkraft demnächst zugehen wird, auf Grund derer dann weitere Entschlüsse zu fassen sein werden, zur Erwägung überwiesen.

Die Kommunen brauchen ausländisches Kapital für den Landstraßenbau.

Abg. Gegenüber der bekannten Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht macht der Deutsche Landkreistag darauf aufmerksam, daß gerade die kleineren Gemeinden und Gemeindeverbände, insbesondere die Landkreise und die Provinzen, keinen Luxus treiben und gerade als Gegenüberhaltungsmaßnahme durch weitere Sperrung des Auslandskredits aufs schwerste getroffen würden, weil die Kraftfahrzeuge und die Realverkehr ins Ungemessene gesteigert werden müßten, wenn es nicht gelänge, wenigstens für die am schwersten belasteten Streckenteile Kredit zu erlangen, der in absehbarer Zeit eben nur aus dem Auslande zu haben sei. Die öffentliche Wirtschaft, soweit ihr die Wegeunterhaltung obliegt, handle durchaus richtig, wenn sie bei der Reichs-Beratungsstelle für Auslandskredit immer und immer wieder auf diese Angelegenheit zurückkomme. Sie bewahre hierdurch die Wirtschaft vor einem größeren Steuerdruck, erhalte ihr die Verkehrsmittel und verschaffe ihr noch einen Vorteil, der sich aus den verbilligten Betriebskosten der Automobile ergebe. Der Reichsbankpräsident habe mit seinem Hinweis auf die Privatwirtschaft außer acht gelassen, daß diese keineswegs auf das Gesamtinteresse Rücksicht nehme, sondern nur ihre eigenen egoistischen Zwecke verfolge. Diese beträfen jedoch zu einem erheblichen Teil wirkliche Luxusausgaben. Jedenfalls sei der Auslandskredit der Privatwirtschaft zur Verhütung von Verlusten verwandt worden, die gegenwärtig weniger dringlich seien, als der Umbau der Landstraßen.

Die Beschlüsse zum Antragsparagrafen im Reichs-Schulgesetz.

Abg. Berlin. Der Bildungsausschuss des Reichstages schloß am Dienstag die Ausarbeitung über den § 7 des Reichs-Schulgesetzes ab, der das Antragsrecht formuliert, also festlegt, unter welchen Bedingungen die Erziehungsberechtigten Anträge auf Einrichtung der von ihnen gewünschten Schulformen stellen können. Beim § 8, der die Bestimmung enthält, daß ein Antrag auf Einrichtung einer bestimmten Schulform von den Erziehungsberechtigten von mindestens 40 schulpflichtigen Kindern gestellt werden kann, wünschten die Abgg. Dr. Hunkel (Dsp.) und Dr. Löwenstein (Soz.) eine Erhöhung dieser Ziffer, während Abg. Gensel (Dnat.) ansah, man könne unmöglich die Landesbevölkerung, z. B. die staatslosen Maluren, schlechter behandeln als die Kinderheiten, die schon bei 40 Kindern eine Schule fordern können. Abg. Hofmann-Ludwigshafen (L.) trat für die Fassung der Regierungsvorlage ein und betonte, daß Antragsrecht noch nicht Vollzug des Antrags bedeute, eine Frage, die erst in § 9 geregelt wird. Frau Abg. Dr. Bäumer (Dem.) wollte den Landesregierungen die Bestimmung der erforderlichen Zahl überlassen. Heute Mittwoch wird die Beratung fortgesetzt.

Der Reichspräsident an Dr. Benz, dem Vionier des Automobilismus.

Berlin. (Telunion.) Gestern beging Herr Dr. Karl Benz, der erfolgreiche Vorkämpfer des Automobilismus, in Ladenburg bei Mannheim in voller körperlicher und geistiger Frische seinen 83. Geburtstag. Dr. Karl Benz hat jahrelang im Kampf um die Entwicklung des Automobilismus in der vorerwähnten Linie gestanden. Er war der große und beständige Vionier, dessen geniale und aufopfernde Konstruktionsarbeit zum Aufbau der deutschen Automobilindustrie führte. Dem verdienstvollen Manne ist durch ein Glückwunschtelegramm des Reichspräsidenten eine besondere Ehre zuteil geworden. Der Reichspräsident drabiet: „Zu Ihrem heutigen 83. Geburtstag übermittle ich Ihnen mit dem Ausdruck dankbaren Gedankens für Ihre Pionierarbeit auf dem Gebiete des Kraftfahrwesens meine herzlichsten Glückwünsche. v. Hindenburg, Reichspräsident“.

Der Hanfverband zur gegenwärtigen Finanzpolitik.

Abg. Berlin. Der Wirtschaftspolitische Gesamtausschuss des Hanfverbandes für Gewerbe, Handel und Industrie veranstaltete in Berlin eine Tagung unter dem Motto

„Finanzpolitische Gegenwartsfragen“.

Den einleitenden Bericht erstattete der Präsident des Bundes, Reichsanwalt Dr. Hildebrandt. Er betonte, seiner Empfindung nach entferne sich die Reichsfinanzverwaltung bei ihren Einnahmehöherungen allmählich von der Wirklichkeit, wenn sie annehme, daß das von ihr für den nächsten Etat geschätzte Mehraufkommen von Steuererhöhungen in Höhe von 942 Millionen ohne Steuererhöhungen erreicht werden könne. Allerdings habe der Finanzminister die Möglichkeit, die Steuererhöhungen auf der bisherigen Basis durch weitere erhebliche Verabminderung der Gesamtsumme der Steuererhöhungen und Rückstände zu erhöhen, und er könne weiterhin die Buch- und Betriebsprüfer aufordern, durch verstärkte Nachprüfung der Gewinnaufgaben der Unternehmungen in der Steuerbilanz so sehr wie möglich zu drücken, um die Reichsfinanzen zu heilen. Einmal aber würden durch diese Maßnahmen nur Augenblickeerfolge erzielt, die mit einer schmerzlichen Beeinträchtigung der künftigen Steuerleistungsfähigkeit verbunden seien und damit würde dieses Vorgehen praktisch überhaupt eine erhebliche Steuererhöhung bedeuten und damit im Gegensatz stehen zu den der Wirtschaft geübten Versicherungen, Reich, Länder und Gemeinden werden, so erklärte der Redner, bei einer Fortsetzung der gegenwärtigen Finanzpolitik im Jahre 1928 nicht nur keine Steuererhöhungen durchzuführen können, sondern eine umfängliche allgemeine Steuererhöhung vorzunehmen haben. Die Wirtschaft müsse die Aufhebung des zur Zeit geltenden Finanznotstands-Präzedenzfalles fordern. Der Finanzausschuss müsse unter dem Gesichtspunkt revidiert werden, daß Länder und Gemeinden auf eine Gesamtanteilsnahme gegenüber der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer von 2000 Millionen beschränkt werden. Wenn es gelänge, die im Starbühnen des Finanzministers auf 325 Millionen geschätzten Mehraufwendungen an Länder und Gemeinden beim Reichshaushalt zu erhalten und etwaige Vermeidung von Steuererhöhungen gewisse Vermögensreserven des

Reiches zu liquidieren, könne vielleicht noch der Weg dafür gefunden werden, ohne Auslösung schwerer wirtschaftlicher Gesamtschädigung das Rechnungsjahr 1928 zu balancieren. Daß in vielen deutschen Gemeinden in den letzten Jahren eine Ausgabenwirtschaft getrieben worden sei, die mit den aufgewandten Notwendigkeiten an äußerer Sparlichkeit nicht in Einklang zu bringen sei, werde auch der eifrige Vertreter der Kommunalwirtschaft praktisch nicht leugnen können. Es müsse eine Finanz- und Wirtschaftspolitik getrieben werden, die zu einer Preisabbaubewegung in Deutschland führt. Nur der Steuerabbau werde eine planmäßige Preisabbaubewegung herbeiführen können.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht

nahm in der Aussprache das Wort und hob hervor, daß diese Dinge alle in der Öffentlichkeit viel zu sehr unter dem Gesichtspunkt der Senktion behandelt würden, wozu sie aber zu ernst wären. Das habe sich bei Wiedergabe seiner Rede ersehen lassen. Es handle sich aber darum, von Reden zu Taten überzugehen. Wir werden, so erklärte Dr. Schacht, diesen Problemen in Deutschland nicht gerecht werden, wenn wir nicht auf allen Seiten den Willen zu gesunder Wirtschaft- und Finanzführung aufbringen. Wir sind nicht gewillt, wie schon der Abg. Dr. Neumann ausgesprochen hat, uns ausländische Kontrolle hier einrichten zu lassen. Wir wollen unsere eigene Kontrolle schaffen. Das Ausland wird uns viel mehr Kredit und Vertrauen schenken, wenn wir diesen Willen beweisen. Wir wollen dafür sorgen, daß unser Kredit gesund bleibt, indem wir eine verantwortungsvolle Wirtschaft- und Finanzpolitik treiben.

Vorher hatte Oberbürgermeister Wilm-Diffendorf die Frage einer Verschmelzung des preussischen mit dem Reichsfinanzministerium erörtert und Sachverordneter Dr. Neumann-Berlin erklärt, anstelle von Stadion, Zimmmermann, Sportplätzen usw. hätte man lieber die Verhellung von Wohnungen als Notstandsarbeiten betreiben sollen.

In seinem Schlusswort erklärte Dr. Hildebrandt noch, die Voraussetzung für einen neuen Aufschwung der Wirtschaft sei ein Abbau der öffentlichen Lasten, damit wir auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig würden.

Deutschland und die rumänische Krise.

Ein recht oberflächlicher Betrachter der durch den Tod des Ministerpräsidenten Bratianu in Rumänien ausgelösten innerpolitischen Krise wird vielleicht sehr rasch zu der Ansicht kommen, daß die inneren Spannungen Rumäniens eine rein interne Angelegenheit des Landes seien, die auch nur durch eigene Kraft der in Frage kommenden Parteien gelöst werden könnte. Voricht man aber etwas näher nach den Ursachen der krisenhaften Erscheinungen in Rumänien, so wird man bald feststellen haben, daß auch außenpolitische Momente recht kräftig die Entwicklung des rumänischen politischen Lebens bestimmen könnten. Die rumänische Krise steht unter dem Schlagwort der carolischen Bewegung. Die Carol-Frage wird überall in den Vordergrund der Erörterungen und der Meinungsverschiedenheiten gestellt, wodurch naturgemäß der Eindruck sich verfestert, daß als ob die Lösung dieser Frage auch tatsächlich der Kernpunkt der innerpolitischen Schwierigkeiten Rumäniens sei. Dieser Eindruck ist falsch. Unter dem Schlagwort der Carol-Frage verbergen sich ganz andere Kämpfe, und zwar Kämpfe, die mit den dynastischen Auseinandersetzungen des Tages recht wenig zu tun haben. Man kann das System, das der verstorbenen Königin Bratianu in so weiserhafter Weise als das Ideal eines Regierens verwandelt, korrupt bezeichnet, diktatorisch, eigenmächtig. Aber es war immerhin ein System, das nicht nur der herrschenden Partei große Vorteile verschaffte, sondern zuweilen auch dem Lande selbst. Die Bratianus sind, soviel man auch ihnen vorwerfen mag, doch immerhin Persönlichkeiten, die eine Partei zu führen verstehen, ihre eigenen Interessen sichern. Wenn sie sich zu dem Kampf gegen die National-Baranisten verstanden, schließlich auch zu ihrer Abwehrstellung gegen den Exzentrizismus Carol, so lag diese Haltung nur in dem Willen, die Machtstellung ihrer liberalen Partei im Lande zu sichern. Bis zum Tode König Ferdinand herrschte die Liberale Partei, nicht die Krone. Nach dem Ableben des Königs hätte eine Thronbesteigung Carol als einer Persönlichkeit die Krone verliehen, die über den Begriff des „Derrichens“ ungefähr dieselbe Ansicht hat wie die Bratianus. Deshalb also die anti-carolische Haltung der Liberalen Partei. Deshalb also auch die Überzeugung, die überzeugt sind, durch eine Wiederkehr Carol den fehlenden Anstoß an die Krone zu finden, damit eine größere Machtverteilung. Zu diesen Kämpfen zwischen Opposition und Regierungspartei treten nun auch die inneren wirtschaftlichen Mißverhältnisse. Der größte Vorwurf, den die Führer der Opposition dem Regiment der Bratianus entgegenstellen, ist ihre angebliche Unfähigkeit, die Wirtschaftsmisere im Lande zu beseitigen. Rumänien braucht eine Anleihe. Diese Anleihe kann es im Augenblick nur von Deutschland erhalten. Würde es daher den Bratianus gelingen, in den Verhandlungen mit den deutschen Unterhändlern die politischen Mißverhältnisse, die heute noch zwischen den beiden Ländern bestehen, zu beseitigen und so die Voraussetzung für eine wirtschaftliche Annäherung, die hauptsächlich Rumänien zunutze käme, zu schaffen, dann hätte die Liberale Partei der Opposition recht viel Wind aus den Segeln genommen.

Die Abstimmung über die Bildung der Studentenschaft.

Berlin. (Telunion.) Heute Mittwoch finden an sämtlichen preussischen Hochschulen die Abstimmungen der Studenten über die Bildung einer Studentenschaft nach den neuen Bestimmungen des preussischen Kultusministeriums statt, über die bekanntlich innerhalb der Studentenschaft ein erheblicher Streit entzündet ist. An der Friedrich-Wilhelm-Universität hat wegen der Größe der Hochschule auf Veranlassung des Rektors als Wahlleiter die Abstimmung schon heute früh um neun Uhr begonnen, während die Abstimmung, ebenso wie bei der Technischen Hochschule, der Landwirtschaftlichen Hochschule, und der Tierärztlichen Hochschule erst morgen im Anschluß an die Beendigung des Wahlaktes erfolgen wird, so daß das Ergebnis erst in den Abend- und Nachtstunden zu erwarten sein wird. In der Universität hat man im Senatsaal drei Wahlurnen, an denen unter Mitwirkung von Beamten der Universität und Mitgliedern der Studentenschaft als Wahlvorstände die Abstimmung vollzogen wird. Auch in der Charité hat man ein Wahllokal für die zahlreichen in den verschiedenen Instituten und Kliniken tätigen Studenten eingerichtet. Bei den Abstimmungen haben sich die Studenten mit „Ja“ oder „Nein“ darüber zu entscheiden ob wie

bisher an den Hochschulen eine staatlich anerkannte Vertretung und Selbstverwaltung der Studenten gebildet werden soll oder nicht, und zwar auf Grund des neuen Studentenrechts des preussischen Kultusministeriums, das gegenüber dem bisherigen gewisse Änderungen enthält und, was der Hauptstreitpunkt ist, den Einzelstudenten das Recht der Koalition mit den ausländischen Studentenschaften, beispielsweise den Studenten der deutschen Hochschulen in Deutsch-Oesterreich und der Hochscholowaken unterfaßt.

Ein Brief der preussischen Regierung zu dem Reudell-Telegramm an das Reichskabinett.

Berlin. (Funknach.) Der Brief des Ministerpräsidenten, der gestern abend auf das Telegramm des Reichsministers des Innern an die Berliner Studentenschaft in seinen Grundzügen vom preussischen Kabinett entworfen wurde, ist heute vormittag formuliert worden und ist, wie die B. Z. meldet, in den Mittagsstunden dem Reichskanzler Marx überbracht worden.

Das Reichskabinett hält heute nachmittags eine Sitzung ab. Dem Blatt zufolge wird angenommen, daß der Reichskanzler in einer anschließenden Ministerbesprechung die preussische Beschwerde vorbringen wird, um Dr. von Reudell Gelegenheit zu geben, zu den Barwärtigen Stellung zu nehmen, die Preußen gegen ihn erhebt. Weiter hört das Blatt, daß der Konflikt ein parlamentarisches Nachspiel haben wird, daß die Oppositionsparteien entsprechende Interpellationen im Reichstag in Aussicht genommen haben.

Eine Zivilperson von einem Posten erschossen.

X Stettin. Wie das Wehrkreiskommando mitteilt ist vorgestern abend von einem Posten der 3. Brigade im Bereich des ehemaligen Exarbeitsplatzes Witkows ein Zivilperson, der Tevotarbeiter Schenz aus Gosenberg, erschossen worden. Der Posten hörte bei völliger Dunkelheit an einem der Wagenhäuser ein verdächtiges Geräusch und glaubte Einbrecher vor sich zu haben. Als er auf mehrfachen Anrufen und auf die Androhung, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen, keine Antwort erhielt, gab er zunächst einen Schuß in die Luft ab. Nach diesem Schuß hörte der Posten ein leises Geräusch in nächster Nähe. Jetzt gab er in Richtung auf das Geräusch einen Schuß ab, welcher Schenz tötete. Wie sich später herausstellte, war Schenz mit dem Beladen eines kleinen Handwagens beschäftigt. Die amtliche Untersuchung über den Vorfall ist eingeleitet.

Unterrichtsmiister Dr. Wöller zu der Schießsache in der Schweriner Mittelschule.

X Schwerin. In der gestrigen Landtagssitzung machte vor Beginn der Verhandlungen Unterrichtsminister Dr. Wöller folgende Mitteilungen über die Schießereien in der Mittelschule in der Beethovenstraße: Die bisherigen Ermittlungen haben ergeben, daß ein Schüler am 18. Nov. vor Beginn des Unterrichts einen Schuß mit einer Pistole abgegeben hat, der die Tür des Klassenchrantes traf und daß drei weitere Schüler im Besitz von Pistolen waren. Ein Schüler hat eine Schussverletzung beim Waffenhändler, ein anderer zu Hause erhalten. Beide Verletzungen sind nicht erheblich. Außerdem haben fünf Schüler derselben Klasse, angeregt durch die Veranstaltungen im Dembergerviertel, mit Messern und anderen scharfen Gegenständen nach der Klassentür, der Klassenchranttür, dem Wapierford und den Schulbänken geworfen. Schon am 19. November, einige Tage vor dem Erscheinen des Artikels in einem Berliner Blatt zu der Schießsache, hat die Schule die vier Schüler, die im Besitz einer Pistole sind, wegen unerlaubten Waffensbesitzes, den Schüler, der in die Klassenchranttür geschossen hat, auch wegen Sachbeschädigung, sowie den Waffenhändler wegen des Verkaufes von Schusswaffen an Minderjährige bei der Amtsanwaltschaft zur Anzeige gebracht. Die Ermittlungen werden fortgesetzt.

Streit in Solingen.

X Solingen. Die Rastmessenlieferer der Solinger Getreideindustrie sind in den Streit getreten, nachdem auch in zweiter Abstimmung der neugekaltete Lohnsatz abgelehnt worden war. Die Verhandlungen mit den Tischen- und Federmetzgermachern haben zu keinem endgültigen Ergebnis geführt, obwohl in einigen wesentlichen Fragen eine Einigung erzielt wurde.

Zur Auslandsreise des Kreuzers „Berlin“.

Berlin. (Telunion.) Der Kommandant des Kreuzers „Berlin“, der am 1. Dezember von Kiel aus eine 18monatige Auslandsreise antritt, hat bekanntlich dem Oberbürgermeister von Berlin einen Abschiedsbesuch abgestattet. Kapitän Polke ist in diesem Jahre dadurch bekannt geworden, daß er bei der Reise der Flotte nach den westafrikanischen Inseln mit seinem Kreuzer einen brennenden deutschen Dampfer und später einen portugiesischen Segler aus Seenot gerettet hat. Der Kreuzer „Berlin“ wird als erstes deutsches Kriegsschiff nach dem Kriege indische Ozean, und zwar Korachi, Mangasa und Bombay, sowie das ostasiatische Festland in Schumulpo (Korea) und Australien anlaufen. Seine Fahrt geht zunächst über Cádiz, das Mittelmeer und den Suez-Kanal nach dem Indischen Ozean. Dem Kreuzer sind u. a. auch besonders nautische Aufgaben gestellt worden. Vor allem hat er im Hinblick auf die Schiffskatastrophe der „Prinzipessa Matilde“ den Auftrag, überall auf seiner Fahrt die in den Seefahrten verzeichneten Untiefen nachzuprüfen, da Faktorelle bekanntlich die Aufassung vertreten, daß entzogen der italienischen Darstellung die „Prinzipessa Matilde“ auf ein auf den Seefahrten nicht oder ungenau eingezeichnetes Riff aufzufahren ist. Außerdem muß in verschiedenen Gebieten immer wieder mit Veränderungen der Untiefen infolge von Erdbeben gerechnet werden. Insbesondere soll die „Berlin“ ferner die bisher festgestellte größte Tiefe, das sogenannte „Emden-Tief“, das der Kreuzer „Emden“ im April d. Jahres nordöstlich von Mindanao bei Celebes im Stillen Ozean ermittelt hat, sorgfältig noch einmal nachprüfen. Die „Emden“ hatte mit Hilfe des Echo-Lots zunächst eine Tiefe von 10290 Meter festgestellt. Die in der Deimat vorgenommene Nachprüfung dieser Messung ergab aber, daß das Emden-Tief tatsächlich 10780 Meter hat. Bei der ersten Berechnung hatte man nämlich die bis zu Tiefen bis 5000 Meter übliche Wassergeschwindigkeit des Schalles zu Grunde gelegt, aber außer Acht gelassen, daß in größeren Tiefen infolge des härteren Wasserdruckes und der größeren Wasserdichte die Geschwindigkeit des Schalles zunimmt. Mit neuen verbesserten Instrumenten soll der Kreuzer „Berlin“ diese Stelle im Stillen Ozean nochmals gründlich abloten.

Deutsch-österreichische Arbeitsgemeinschaft.

Dresden. (Telunion.) Nach einem ausläurenden Vortrage des Freiherren von Branca, München, wurde in einer gestern abend in Dresden abgehaltenen Versammlung die Bundesgenossenschaft der Deutsch-österreichischen Arbeitsgemeinschaft gegründet. Die vorschlagsweise vorliegenden Satzungen wurden gutgeheißen und einstimmig angenommen. Der Vorstand wurde aus folgenden Herren zusammengesetzt, die die einzelnen Kreise aus sich heraus belegen sollen: Minister a. D. Rühl, Ministerialdirektor Dr. Schmidt, Wilmshaus, Professor Dr. Raab, Barand, Professor Dr. Gutmann, Jena, Fabrikbesitzer Ortel, Sonnenberg, Dr. Max Fischer, Jena, Direktor Reumann, Leipzig, Syndikus Dr. März, Dresden und Syndikus Legationsrat von der Deben, Dresden. Zum Schluß berichtete Professor Dr. Weisbach vom Hygiene-Museum über die vor kurzem erfolgte Gründung des Reichstagsausschusses für Hygiene. Dessen erste Aufgabe werde es sein, bei der Deutsch-österreichischen Arbeitsgemeinschaft anzuregen, daß ein gleicher Ausschuss in Oesterreich gebildet werde.

Demonstrationen

gegen den Potsdamer Seltenunfug.

Berlin. Große Tumultszustände ereigneten sich gestern vor Beginn einer Versammlung der sog. Weihenberger-Sekte in Potsdam. Bekanntlich hat diese Sekte kürzlich einen verstorbenen Angehörigen drei Tage lang durch kalte Umschläge wieder zum Leben zu erwecken versucht. Eine große Menschenmenge versuchte, den Saal zu stürmen. Es wurden laute Schmährufe ausgestoßen wie „Vor den Staatsanwalt!“ „Raus mit den Gesundbetern aus Potsdam!“ Die Unruhen wurden so groß, daß das Ueberfallkommando herbeigerufen werden mußte. In der Versammlung teilte ein Weihenberger „Bruder“ mit, daß der Magnetiseur Helmut Holz aus Unfug der Vorgänge von seinem Amte als Führer und Vorsteher für Potsdam abgesetzt worden ist. Als die Andacht zu Ende war, hatte sich wieder eine zahlreiche Menschenmenge vor dem Lokal eingefunden, die die Besucher mit Schimpfwörtern empfing. Die Polizei mußte abermals einschreiten, um die Menge zu zerstreuen.

Empfänge beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkpruch.) Der Reichspräsident nahm heute die Meldungen des zum Führer der deutschen Delegation für deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen bestimmten Reichsministers a. D. Dr. Peremes sowie des neuernannten Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Geh. Regierungsrat Dr. Ehrup, entgegen und empfing ferner den Reichsverkehrsminister Dr. Koch zum Vortrag.

400 Todesopfer

Der algerischen Ueberschwemmungskatastrophe.

Paris. (Telunion.) Ueber die Ueberschwemmungskatastrophe in Algerien gab gestern Innenminister Sarcaut längere Erklärungen ab, aus denen u. a. zu entnehmen ist, daß die Zahl der Toten auf 400 und der Schaden auf 500 Millionen Frank geschätzt wird. Mit dem zerstörten Staubamm sei ein Werk von 2 Generationen vernichtet worden. Den letzten Nachrichten zufolge nimmt das Hochwasser durch die ständigen Regenfälle weiter zu.

Letzte Funkpruch-Meldungen und Telegramme

vom 30. November 1927.

Neue Verhandlungen mit Schacht.

Berlin. (Funkpruch.) Wie die Vossische Zeitung hört, haben zwischen Dr. Schacht und dem Präsidenten des Reichsbankrates, Müller, Besprechungen stattgefunden, bei denen der Reichsbankpräsident eine neue Interpretation seines Standpunktes gab. In den allernächsten Tagen, vielleicht schon morgen, soll eine Aussprache mit einer Reihe von Vertretern der Städte stattfinden, an der außer dem Berliner Oberbürgermeister auch Dr. Jarres aus Duisburg teilnehmen soll.

Bestimmte Verabschiedung der preussischen Beförderungsvorlage noch vor Weihnachten.

Berlin. Die preussischen Koalitionsparteien sind laut „B. Z.“ dahin übereingekommen, die preussische Beförderungsvorlage unter allen Umständen so rechtzeitig zu verabschieden, daß ihre Auswirkungen noch vor Weihnachten sich vollziehen.

Doppelfeldmord in einer Wackube.

Berlin. In einer Wackube in Lichterode fand man heute früh gegen 5 Uhr in der Wackube einen 33 Jahre alten Bäckerellen und eine 17 Jahre alte Gattin, die mit Gas vergast, tot auf. Der Mann...

Ministerpräsident Dr. Braun an Reichsstatzler Dr. Marx.

Berlin. (Funkpruch.) Unter Bezugnahme auf das Sympathietelegramm, das der Reichsstatzler Herr von Reubel einer authentischen Protokollverlesung im Reichstag hat zugehen lassen, ist heute Mittags dem Herrn Reichsstatzler ein Schreiben des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun zugegangen, das nach dem Amtlichen Preussischen Pressebüro folgende Wortlaut hat:

Hochgeehrter Herr Reichsstatzler! Der Herr Reichsminister des Innern hat zur Kundgebung der Deutschen Studentenchaft, die am vorigen Sonntag, den 27. d. M., gegen das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung stattgefunden hat, an den Vorstand der Deutschen Studentenchaft nach unversprochen gebliebenen Stellungnahmen folgendes Telegramm gerichtet:

Im Volk unter Ihnen, in innerer Verbundenheit besessen sich erneut zu Ihnen mit herzlichsten Grüßen und Wünschen von Reubel. Auf Grundlagungen bei den unabhängigen Stellen des Reichsinnenministeriums ist die Tatsache der Ablehnung des Telegramms bestätigt, allerdings hinzugefügt worden, daß man den authentischen Wortlaut nicht kenne, daß er aber dem Sinne der oben angeführten Depesche entspreche.

Ich muß bei Ihnen, hochgeehrter Herr Reichsstatzler, auf das entschiedenste dagegen Verwahrung einlegen, daß ein

Mitglied der Reichsregierung in einer Frage, die die preussischen Hochschulen und Studentenchaften aufs tiefste erregt und die Hochschulen in heftige politische Stürme hineinzuziehen droht, gegen die verantwortliche preussische Regierungspolitik in einer Weise öffentlich Stellung nimmt, die sich mit den gegen das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gerichteten Angriffen identifiziert. Ich muß hierin wie jedermann eine harte Brädelung der Vollmacht der preussischen Regierung erblicken, um so mehr, als der Herr Reichsminister des Innern bereits mehrfach hundertmal, insbesondere öffentliche Gruppen, die gegen die preussische Regierung Stellung genommen haben, in ihren Angriffen durch seine Haltung orientiert beherrscht hat.

Da ich eine beratende Einstellung des Herrn Reichsministers Dr. v. Reubel mit ausgesprochener Spitze gegen die preussische Regierung auch schon bei anderen Gelegenheiten bemerkbar gemacht hat, so darf ich Sie, Herr Reichsstatzler, erbeten bitten, dafür Sorge zu tragen, daß sich derartige Fälle unter keinen Umständen wiederholen. Da die preussische Regierung abermals sich in ihrem Verhalten geirrt haben würde, leben Verkehre mit dem Herrn Reichsminister Dr. v. Reubel abzusprechen.

In bekannter Hochachtung und Verehrung Ihr
a. Braun.

selbstmord ist einwandfrei festgestellt worden, doch konnten die Beweggründe noch nicht ermittelt werden.

Das Urteil im Prozeß gegen Oberbürgermeister Luppe.

München. (Funkpruch.) In der Privatbeleidigungssache des Dannebergers und Landtagsabgeordneten Julius Streicher gegen den Oberbürgermeister Dr. Luppe in München wurde Dr. Luppe wegen Beleidigung zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Dr. Luppe hat in einer demokratischen Versammlung in Düssel am 28. Oktober in Bezug auf Streicher sich dahin geäußert: „Man sieht dieser politische Verleumdung hinter Schloß und Riegel.“

Vollendung des Konflikts mit den tschechoslowakischen Eisenbahnern.

Prag. Eisenbahnminister Rajman empfing gestern die Vertreter der Eisenbahnorganisationen und teilte ihnen die Stellungnahme des Ministeriums zu ihren Forderungen mit. Wie das „Prager Tageblatt“ erfährt, wurde amlichen dem Ministerium und den Eisenbahnern ein Einverständnis erzielt. Der Gesamtumfang für die Forderungen der Eisenbahner wird 85 Millionen Kronen ausmachen. Die Forderungen werden noch vor Weihnachten ausbezahlt werden. Gleichzeitig wird auch die Beförderung der außerordentlichen Angestellten auf frei werdende staatsmäßige Stellen durchgeföhrt werden. Der Konflikt zwischen den Eisenbahnern und der Eisenbahnverwaltung kann damit als beendet angesehen werden.

Charleston-Verbot für italienische Offiziere.

Rom. „Popolo di Roma“ berichtet, daß das Kriegsministerium den Offizieren diejenige epistolische Länze verboten hat, die mit der militärischen Würde und dem militärischen Ernst unvereinbar sind, darunter den Charleston und den Schimpy.

Die Direktoriumsänderung im Memelgebiet.

Memel. (Funkpruch.) Wie das Memeler Dampfboot auf Anfrage beim Memeler Gouvernament erfährt, haben die Verhandlungen über die Bildung des Direktoriums heute zu einer grundsätzlichen Einigung geführt. Die Ernennung des Präsidenten und die Bekanntgabe der Namen der übrigen Mitglieder des Direktoriums ist für morgen zu erwarten. Zu bemerken ist, daß es sich nicht um ein Direktorium handelt, dessen Mitglieder ausschließlich den Reichsparteien angehören oder ihnen nahe stehen, sondern, daß ihm sogar ein Großindustrieller schärftester Richtung angehören soll.

Unterszeichnung eines deutsch-polnischen Vertrages über Holzexport.

Warschau. (Funkpruch.) Heute um 1 Uhr mittags wurde ein provisorischer Vertrag, der die Einfuhr des Rohholzes und des Schnittholzes zwischen Polen und Deutschland für die Dauer eines Jahres regelt, vom polnischen Minister des Inneren und dem deutschen Gesandten in Warschau unterzeichnet. Der Vertrag tritt am 5. Dezember in Kraft.

Brandstiftungen in Kanton.

Paris. (Funkpruch.) Wie die Agentur Indochine aus Hongkong meldet, haben aus Kanton darüber, daß ihre Anstellungen von der Regierung auseinandergeritten wurden, die Streikenden in Kanton versucht, die Stadt in Brand zu setzen. 50 Brandherde wurden vorbereitet. Die Regierung hat sofort Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Nichtsdestoweniger wurden gegen 30 Häuser ein Raub der Flammen. Zahlreiche Verhaftungen sind vorgenommen worden. Die Lage bleibt gespannt. Die Truppenbewegungen dauern an.

Rechenchaftsbericht des Roten Kreuzes.

Minister a. D. Saemisch legt den Haushaltsplan vor. Die Deutsche Rote Kreuz hielt in Berlin seine Mitgliederversammlung unter dem Vorsitz seines Präsidenten, Landesdirektors von Winterfeldt-Mensin, ab. In der

Versammlung legte der neue Schatzmeister, Minister a. D. Saemisch, die Jahresabrechnung und den von ihm aufgestellten Haushaltsplan für 1928 vor. Minister Saemisch ist Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes und hat das Amt des Schatzmeisters übernommen. Als neue Mitglieder des Vorstandes wurden beauftragt der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Dr. Hamel, und Minister a. D. Dietrich (Wien). W. d. R. Bemerkenswert waren die Ausführungen des Landespräsidenten Traudt, der zugleich geschäftsführender Vizepräsident der Liga der Rotkreuzgesellschaften in Paris ist, über die Auslandsmitarbeit des Roten Kreuzes in Verbindung mit dem kürzlich unter Vorsitz des Reichsministers Dr. Rühl gegründeten Weltgesundheitsverband und den sämtlichen Rotkreuzgesellschaften. Die Vorträge auf der Mitgliederversammlung behandelten durchweg die Heraushebung der Jugend für das Rote Kreuz.

Die Jahresarbeit des Roten Kreuzes.

7188 Vereine und Zweigvereine. — 1,28 Mill. Mitglieder. 103 000 Sanitätsmänner. — 5000 Schwestern. — Ueber 20 000 Betten. — Auslandskolonnen.

BR. Das Deutsche Rote Kreuz hat gestern seiner in Berlin tagenden Mitgliederversammlung den Bericht über seine Tätigkeit im letzten Jahre vorgelegt. Wiederum sprechen aus dem Bericht gewaltige Zahlen, die den Ausbruch einer weltumfassenden Tätigkeit im Dienste der Nächstenliebe andeuten.

Von den 1 300 284 Mitgliedern, die das Deutsche Rote Kreuz gegenwärtig in 7188 Vereinen und Zweigvereinen besitzt, sind die allermeisten in irgendeiner Form an dem Hilfswerke, das diese Organisation der freien Wohlfahrtspflege in Deutschland leistet, mit tätig. Sehr erfreulich ist aus dem Bericht ersichtlich, daß die Idee des Roten Kreuzes und damit die Arbeit für diese Idee immer tiefer in alle Schichten und Volksschichten eindringt. Im letzten Jahre hat sich die Mitgliederzahl des Roten Kreuzes um 135 000 erhöht. Allein die Sanitätskolonnen haben sich um 246 mit 15 000 Mitgliedern oder 17,5 Prozent vermehrt. Die „Erste Hilfe“, dieser über das ganze Reich verteilten freiwillig arbeitenden und allen Schichten angehörenden Sanitätsmänner, wurde im Berichtsjahre 520 000 mal in Anspruch genommen. Die Tagungsberichte in Hannover und die Unwetterkatastrophe im Erzgebirge erforderten Hilfsleistungen, die nur von einer auf den Rettungsdienst mit aller Innerlichkeit und äußerster Disziplinierung vorbereiteten Truppe ausgeführt werden konnten.

Neben den Sanitätsmännern erfüllen die Schwesternschaften vom Roten Kreuz ihre Pflicht als die beruflichen Samariterinnen. Auch ihre Zahl ist gewachsen und zwar um mehr als 500. Es sind gegenwärtig 7 973 Schwestern im Dienste der Krankenpflege tätig. Die Fortbildung der Schwestern ist im letzten Jahre gewaltigsteigert worden durch die neue Berufsschule vom Roten Kreuz in Berlin-Vankwitz, die geeignete Rotkreuzschwestern zur Uebernahme verantwortlicher Stellen als Leiterinnen von Anstalten, Oberinnen von Mutterhäusern usw. fortbildet. In der Krankenpflege unterstützt das Rote Kreuz 800 Anstalten und Heime mit 20 888 Betten. Außerdem besteht eine Anzahl von Kruppen, Kinderheimen, Gemeindefrankenflegeanstalten, Tuberkulosefürsorgeheimen, Mütterberatungsstellen usw. Auf der „Gesofel“ in Düsseldorf hat im vorigen Jahre das Rote Kreuz in Verbindung mit den Ausstellungen der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege keine weitausreichende, wohl jeden von uns einmal berührende Hilfsleistung in geschlossener Darstellung gezeigt. Aber es war doch nur eine Ahnung von dem, was wirklich und täglich an Hilfe und Opfer in selbstverpflichteter und selbstloser Mission vom Roten Kreuz geleistet wird.

Auch das Ausland erkennt die Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes rühmend an. Der Verwaltungsrat der Liga der Rotkreuzgesellschaften in Paris hat das dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er dem Vizepräsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Traudt, das Vizepräsidium der Liga und die Leitung ihrer Geschäfte übertrug.

Zur Weihnachtszeit

findet der Anzeigenteil unseres Rieser Tageblattes ganz besondere Beachtung.

Die Fragen:

Was schenke ich zu Weihnachten?

Was wünsche ich mir zu Weihnachten?

finden Beantwortung im Anzeigenteil dieses Blattes.



Es hat geschneit.

In der ersten Vorfröhe liegt frischgefallener Schnee. Überall sieht man verhäulte Formen, verschwommene Umrisse; die Dächer der Häuser sind in weiße Hügel verwandelt. Erhabelt bilden die braunen, roten und grauen Wände der Vorfröhen. Überall allüber in allen Gängen und Formen gleich einer aufgehängenen, kunstvollen Verzierung. Die mit grobsten Tierköpfen geschmückten Korsettler des Quisbros tragen phantastische Färberei, hängen in langen, harten Krähnen herab. Das Stierhorn des Dorfbrunnens hat sich eine mächtige Haube übergestülpt. Die große Linde hat an jedem Ast den Schnee wie einen wärmenden Kermel aufgeschreift.

Erdrönd liegt ein hungriger Hase mit glänzendem Gefieder über die Dächer. Posthunde bellten und zerrten an der Kette. In den Schuppen klappen die Dreschflügel. Blauer Rauch steigt aus den kleinen Schornsteinen in den grauen, wolkenverhangenen Himmel.

Vor einer niedrigen Haustür steht eine verummte Gestalt. Aus einem wollenen Kaputt hat ein rotes Mädchen hervorgehört. Zwei Arme sind wie Loophenel gebogen. Die Hände wühlen in der zu Automobiltreifen ausgewählten Schärze. Ein Beise und eine Schneehaube lehnen an der Wand. „Quuuu...“ ist das Fall! Die Alte bibbert wie Kammerer. Der Handtrichter geht vorbei und lacht. Einhaspen hängen in seinem blonden Bart.

Schellenpflanzl löst die Gasse heraus. Eine Peitsche knallt, ein Schlitzen naht. Zwei kräftige Kergäule galoppieren vorbei. Die Küher schnauben und dampfen neblig in die Luft. Im Schlitzen sitzt des Domänenpächters Tochter. Ihr milchsaures Gesicht schaut sich in den prachvollen Stunt. Die Hübe stecken im wärmenden braunen Pelz. Die Reitharnen sind dunkelrot leuchten. Ein Spitzer würde sagen: „Oben Nordpol — unten Winter!“ Die alte Dorfblinde schüttelt den Kopf. Sie trägt zwei Paar selbstgestrickte wollenen Strümpfe und — ftert.

Die Schneehaube trägt einen kleinen Schutzwall auf. Der Beise raschelt. Der Fußpfad ist frei; schwarz leuchtet er sich am blauen enttan. Zwei Holzspantinen klappen. Eine Kitzflügel schallt. Die Alte ist verschwunden.

Wachend und sohnend stampfen zwei Dorfhuben durch den geschweiften Schnee. Je tiefer, desto besser! Ein Fenster geht auf. Die Dorfblinde zittert und leckt. Eine schwarze Kacke sitzt auf ihrer Schulter. Jugend hat keine Tugend! Ein Schneeball fliegt der Alten an den Kopf. „Wartet, ich werde es euren Beider...“ Wie ein Wirbelwind sind die beiden Hühner abgelaufen.

Unten am Dorfplatz rollen sie große Schneekugeln, farnen sie eine Säule aufeinander. Ein zur Riechharmonika gebogener Astbarbus, sechs Stücken Kohle: Augen, Ohren, Nase, Mund, ein brennender Haarstrummel, ein aller Beise unter den rechten Arm geklemmt. Der Schneemann ist fertig. Eine Gasmotörle aus Schnee wird daneben errichtet. Die Dorfjugend kommt. Ein Krieger entbrennt. Schneebälle fliegen. Die Hüben wälzen, baken, waschen sich, schreien und loben im Schnee. Der Schneemann strahlt. Die Hübe ist zertrümmert und zertritten. Ein Fußschneit kommt mit seinem Gespann. Die Pferde schneuen. Die Peitsche knallt der Dorfjugend um die Ohren. Nahe wie die Weerhaben laufen sie nach Hause. Vater und Mutter schreiben eine gute Handschrift. Am Ofen werden nasse Strümpfe getrocknet, die Schuhe eingepfettet. Fredi.

Vertliches und Sächsisches.

Mies, den 30. November 1927.

Der Sternhimmel im Dezember. Am südlichen Himmel sehen wir das langgestreckte Sternbild des Waifisches. Über dem Waifisch steht der Widder und über diesem nach der Mitte des Himmelsgebölles zu die Andromeda mit ihren drei hellen Sternen. Der erste von diesen drei Sternen nach Westen zu heißt Sirrah, der mittlere Mirach und der östliche Almalak. In der Nähe des Mirach findet sich der sarte Andromedanebel. Tief am Westhorizont sehen wir den Adler mit dem hellen Altar im Untergehen. Ganz in seiner Nähe befindet sich der Delphin, der durch fünf dicht beieinanderstehende kleine Sterne erkennbar ist. Den westlichen Himmel beherrscht das weitläufige Sternbild des Wegasus. Unterhalb des Wegasus steht das Sternbild des Wassertrümmers. Im Osten ist eines der schönsten Sternbilder im Aufgehen, das sich im November erst mit einigen Sternen über den Horizont erhob, der Orion. Neben dem Orion etwas mehr nach der Mitte des Himmels zu steht der Stier, kennlich an der Gruppe heller Sterne, die Hyaden genannt werden und die sich an den wunderbaren, rötlich leuchtenden Aldebaran anreihen. Im Stier finden wir auch das Stiebgestirn oder die Plejaden genannt. In der Nähe des Stieres liegt die Milchstraße. Sie zieht zwischen den beiden im Osten stehenden Sternbildern der Zwillinge und dem Fuhrmann über unseren Häupten hin nach Nordwesten. In den Sternbildern des Perseus und der Kassiopeia, des Großen lateinischen W, ist sie besonders sternreich. Diese beiden Sternbilder gehören dem Mittelteil des Himmels an. Etwas nach Westen zu steht am mittleren Himmel das Fünfeck des Cepheus, zu dem der etwas außerhalb des Fünfecks stehende auffallende rote Granatstern gehört. Wieder in verstärktem Glanz strahlt die Himmelsstraße in dem westlich gelegenen Sternbild des Schwans mit dem wunderbaren Deneb. Tief im Norden steht der Große Bär, darüber das lange Sternbild des Drachen, der mit seinem Schweif das etwas mehr nach der Mitte des Himmels zu gelegene Sternbild des Kleinen Bären umschlingt. — Sternschnuppen fallen zwischen dem 9. und 16. des Monats aus dem Sternbild der Zwillinge. — Die Mondphasen fallen auf folgende Zeiten: Junehmender Mond am 2. Dezember, Vollmond am 8. Abnehmender Mond am 16., Neumond am 24. und Junehmender Mond am 31. Dezember. — Von den Planeten ist zu bemerken, daß Venus Morgenstern ist. Jupiter geht reichlich acht Stunden nach der Sonne unter. Diese Zeitbestimmung trifft auf die Mitte des Monats zu.

Fischerei im Dezember. Renken, Forelle, Dorsch, Heilbutt, Seeforelle und Seelachs haben schon, der Dorsch frangelt. Dorsch, Heilbutt, Regenbogenforelle, Barsch und Coimiden laichen noch, Kratten laichen und stehen in Renken.

Aufruf für Errichtung eines Jmmelmann-Grabmals. Der Verein Dresden des Deutschen Luftfahrtverbandes erläßt mit behördlicher Genehmigung einen Aufruf zur Sammlung für das bereits fertiggestellte Grabmal des Kamdfleegers Max Jmmelmann im Dresdner Urnenhain, das am 19. Juni 1928, dem 12. Todestage Jmmelmanns, enthüllt werden soll.

Gegen eine Beileitung der veräußerten freien Sonntage vor Weihnachten in Dresden. Am letzten Donnerstag hatten die Stadtverordneten beschlossen, von der Ausnahmebestimmung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vom 5. Februar 1919, welche die Beschäftigung von Handlungshelfern usw. an 3 Sonntagen vor Weihnachten gestattet, keinen Gebrauch zu machen. Der Allgemeine Dresdner Einzelhandelsverband hatte am Montag die beteiligten Kreise zu einer Protestversammlung in den Räumen der Kaufmannschaft eingeladen, in der der geschäftsführende Vorsitzende Prof. Dr. Rahnert, W. d. L., ausführte: Der Beschluß der Dresdner Stadtverordneten mache den Eindruck einer Art Propaganda der Linken und wenn

er durchgeföhrt würde, so würde man über diesen Dresdner Schilddrüsenkreuz in ganz Deutschland lachen, zumal da jeder Kreis an den drei letzten Sonntagen vor Weihnachten im ganzen Reich die Geschäftsleute usw. ihre Läden offenhalten dürften. Er wies darauf hin, daß diese drei Sonntage bisher einen großen volkswirtschaftlichen Charakter gehabt haben, weil für den Einzelhandel das Weihnachtsgeschäft meist das entscheidende des ganzen Jahres gewesen ist. Weiter sei zu bedenken, daß die wertvolle Beschäftigung nur an diesen Sonntagen in der Lage sei, ihre Einkäufe zu besorgen. Das laufende Publikum an sich würde die Aufhebung dieser Sonntage keinesfalls verstehen. Er verlas dann eine Eingabe an den Rat zu Dresden, in der die dringende Bitte und Erwartung ausgedröhrt wird, daß der Rat dem Beschluß der Stadtverordneten seine Zustimmung verleiht. In der Aussprache wurde dieser Eingabe allgemein zugestimmt. Es wurde die Eingabe einer Beschwerde bei der Kreisbauernschaft für den Fall empfohlen, daß der Rat zu Dresden dem Beschluß der Stadtverordneten zustimmen sollte. Auch darauf wurde hingewiesen, daß diese Verkaufssonntage für viele Familien als Schaufenster zu werten seien, an denen über den Einkauf beraten werde, den dann die Mutter in der Woche vollziehe. Mit der Einschickung einer Kommission, die alles Erforderliche in dieser Angelegenheit tun soll, wurde die bewegte Versammlung geschlossen, in der gegen 25 Wirtschaftsverbände vertreten waren.

Neuer Sächsischer Lehrerverein. Am 26. und 27. November tagte in Freiberg der Landesverband des Neuen Sächsischen Lehrervereins mit den Vorsitzenden der Gausgruppen. Die Versammlung erhob einstimmig Einspruch gegen die in der Besoldungsordnung zum Ausdruck kommende unverhältnißvolle Herabsetzung der Gehälter der Volksschule. Weiter trat die Versammlung grundsätzlich für gleiche Besoldung der gesamten Volksschullehrerschaft bei gleichem Wohnort ein. Demgemäß sei in der Besoldungsordnung für die Besoldung der Volksschullehrer nur eine Gruppe vorzusehen (Gruppe II, wie sie für die akademisch gebildeten Volksschullehrer in Aussicht genommen ist) mit der Ausnahmebestimmung, daß die nicht nach der Prüfungsordnung vom 17. Juni 1925 Geprüften nur 90 Prozent erhalten, das sind 5400 bis 6750 Mark. Die Gehälter für Fächerarbeit, Koch-, Hauswartungs- und Turnlehrerinnen in Gruppe II seien entsprechend zu erhöhen. Ferner trat der N. L. V. dafür ein, daß die an der Berufsschule tätigen Gewerbelehrer B. A. Lehrer gleichberechtigt werden. Er forderte außerdem die Befestigung der Drittklasse D, eine wesentliche Erhöhung der Besoldung der Lehrkräfte, in der der Vergütung für Ueber- und Arbeits-(Straf-)Stunden, die automatische Übertragung der neuen Besoldung auf alle Ausstandsbeamten und Unterbeamten, demnach Befestigung der verschiedenen Gruppen der Ruhegehaltsbezieher. Bei Berechnung des Ortszuschlags für die Ruhegehaltssätze für die die in A amtiert haben, der Ortszuschlag A zu Grunde zu legen, für alle Lehren der Ortszuschlag B. Die Vorlage legt das Wohnortgeld für Ledige auf 50 Prozent fest, vom 45. Lebensjahre an auf 100 Prozent. Der N. L. V. fordert für die Ledigen einen höheren Prozentsatz des Wohnortgeldes, Herabsetzung des Wohnortgeldes, in der das volle Wohnortgeld gewährt wird, auf das 40. Jahr und für alle das volle Wohnortgeld, die infolge Unterlassung bedürftiger Angehöriger einen Familienhaushalt führen müssen.

Zum Streik der Werkstättenarbeiter in Dresden-Friedrichstadt. Die Bezirksleitung des Einzelhandelsverbandes der Eisenbahner Deutschlands teilt u. a. mit: Die Reichsbahnverwaltung lehne die von der Leitung des Solidaritätsstreiks angeführten Notstandsarbeiten ab. Die Güterbodenarbeiterkonkurrenz in Rielsa habe eine Entschädigung angenommen, in der den Dresdner Kollegen die volle Sympathie ausgedröhrt und erklärt werde, daß sie gewillt seien, den Kampf mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, nötigenfalls auch aktiv, zu unterstützen. In Chemnitz seien im Rangierdienst bereits 11 000 Mann ausfindig, obwohl diese Arbeitergruppe vorläufig noch nicht aktiv solidarisch eingetreten sei. Die Reichsbahnverwaltung teilt zu diesen Angaben mit, daß die Streikleitung ihr kein Angebot, irgendwelche Notstandsarbeiten für sie auszuführen, gemacht habe. Der Unfallbereitschaftsdienst sei fähiggestellt. Die Reichsbahn habe bei der Befestigung des Werkes andere umfassende Maßnahmen für die Sicherung dieses Dienstes getroffen.

Unberechtigtes Urlaubsbegehren trotz ärztlichen Zeugnisses. Ein sehr eigenartiger Fall, der allgemeines Interesse beanspruchen darf, wurde vor kurzem vom Berliner Arbeitsgericht entschieden. Kläger war ein Angehelliger, der Anspuch auf Urlaub erhob, obgleich ihm von seiner Firma ein fester Urlaub nicht ausgestellt war, vielmehr nur eine unverbindliche Besprechung der Urlaubsfrage stattgefunden hatte. Jedemfalls hatte die beklagte Firma dem Kläger eine verbindliche Erklärung auf Urlaub nicht gegeben. Dagegen hatte sie später den Kläger ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß der Urlaub in Frage gestellt sei und ihm nach einigen weiteren Worten mitgeteilt, daß der in Aussicht genommene Urlaub als endgültig abgelehnt zu betrachten sei. Daraufhin meldete sich der Kläger unter Wiederholung eines ärztlichen Zeugnisses krank und trat einen Urlaub an die Nordsee an. Die Folge war fruchtlose Entlassung. Das Gericht sah in dem Vorgehen des Klägers einen Uebergriff, den die Beklagte mit Recht mit der sofortigen fruchtlosen Entlassung beantworten konnte, und das am so mehr, als aus dem ärztlichen Zeugnis eine Arbeitsunfähigkeit des Klägers nicht hervorgeht, er hätte nach diesem Zeugnis seinen Dienst fortsetzen können und müssen. Auf unverbindliche Urlaubsbesprechungen konnte der Kläger sich nicht berufen. Derartige Zulassen unterließen einem fahrlässigen Uebergriff. Die Klage war daher abzuweisen.

Leipziger Bauausstellung. Im Anschluß an die Leipziger Bauausstellung finden auch zur nächsten Frühjahrsmesse vom 4. bis 14. März 1928 besondere Veranstaltungen unter dem Motto „Fortschritte im Bauwesen“ statt. Sie behandeln u. a. folgende Gebiete: Wohnungsbau, Straßenbau, Brückenbau, die moderne Bauweise, Boden- und Schaufelherbau, sanitäres Bauen.

Kraftpostlinie Dresden-Altenberg. Vom 1. Dezember an wird der Eisenbahnbetrieb im Mühlthal bis Altenberg durchgeföhrt. Aus diesem Anlaß tritt vom gleichen Tage an für die Kraftpostlinie Dresden-Oberdenau-Glashütte-Geising-Altenberg ein neuer Fahrplan in Kraft. Eine Änderung in der Postfachbeförderung tritt zunächst nicht ein. Die bisherige Beförderung — Postkraftwagen: Dresden-Luchau-Glashütte-Altenberg — Phonomobil: Oberdenau-Beesenstein — und Kraftpostwagen wird bis auf weiteres beibehalten. Die neuen Fahrpläne hängen bei den Postanstalten zur Einsichtnahme aus. Bei den Postanstalten des Mühlthales können sie kostenlos entnommen werden.

Photo-Wettbewerb des Deutschen Hygiene-Museums, Dresden. Das Preisgericht hat am 15. November, nachmittags 3 Uhr getagt. Es hat drei 2. Preise im Betrage von je RmL. 75.— verteilt, und zwar an: Ilse Fahr, Dresden-Blasewitz, Berggartenstr. 20, Marie Dörner-Pöhrlich, Chemnitz/S., Vetterstr. 19, Dr. med. Th. Rab, Fadarat f. Hautkrankheiten, Nürnberg, Ludwigstr. 6; zwei 3. Preise von je RmL. 50.— an: Fritz Braune, Jella-Rohls 1, Thüringen; Theodor Ehrentraut, Bürgerheim, Dresden, Pfortenquertstr.; drei 4. Preise in Höhe von je RmL. 30.— an: Wllo Steiner, Dresden-Dellerau, Am grünen Hofel 28, Regierungsrat Schubert, Großenhain/Sa., Albert Wlrich, Dresden-K., Warkburstr. 2. Außerdem wurden Silber aus verschiedenen Einwendungen zum Kauf empfohlen. — Von der Verteilung des ersten Preises wurde abgesehen, weil keine der Arbeiten den inhaltlichen

und künstlerischen Anforderungen ausreißend voll entsprach. Die Verteilung am Wettbewerb war recht gering und die eingegangenen Arbeiten außerdem verhältnißmäßig arm an neuen Ideen. Es sei zu bedauern, daß nur wenige Menschen plastische, lebendige, bildhafte Vorstellungen haben von Gesundheitspflege. Das soll ein neuer Ansporn für das Deutsche Hygiene-Museum sein, weiter zu arbeiten, die Gesundheitspflege zum allgemeinen Volksgut zu machen. — Der nächste Wettbewerb, äußerlich vielleicht mit größeren Mitteln ausgestattet, wird dann hoffentlich zeigen, daß die Bemühungen nicht fruchtlos gewesen sind.

Erneute Warnungen vor Schneeball-Unternehmungen. In den Tageszeitungen ist wiederholt vor ausländischen Firmen gewarnt worden, die sich mit dem sogenannten Odra-Goldregen- und Schneeballsystem befassen, insbesondere nach Deutschland Prospekte versenden, in denen sie Vertreibern von Anticellulose einen größeren Geldbetrag als Gewinn in Aussicht stellen. Es waren dies folgende Firmen: Credit Hollandais, Credit Continental, S. Brouwer und Comp., H. B. Stapper, sämtlich in Amsterdam; J. D. Seidler in Rotterdam; H. D. Hauschte in Utrecht; Ernst Venar in Rio de Janeiro und die Stellenlotterie Gesellschaft in Baden. Neuerdings verfenbet das angebliche Finanzinstitut Credit Continental, Amsterdam, in Sachsen wieder Prospekte, denen als Zuzusatz Namenlisten von Personen beigegeben sind, die angeblich bereits Voranschüsse auf den Gewinn erhalten haben sollen. Vor dieser Firma und vor Abnahme ihrer Teilnahme werden dringend gewarnt. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß der Betrieb derartiger Anticellulose eine verbotene Auspielung darstellt, die unter die Bestimmungen des § 286 R. S. G. B. fällt.

Dresden. Festgelausstellung. Vom 2. bis 4. Dezember findet im städtischen Ausstellungsgelände die 25. Deutsche Nationale Jubiläums-Festgelausstellung statt. Sie wird mit 12 000 Kunstwerken besetzt sein. 150 der bewährtesten Preisrichter Deutschlands werden ihres Amtes walten. Gegen 2000 Preise kommen zur Verteilung. Die Schau wird am 2. Dezember nachmittags 2 Uhr eröffnet.

Dresden. Sächsische Bank. In seiner vorgestrigen Sitzung hat der Aufsichtsrat der Sächsischen Bank an Stelle des Ende dieses Jahres in den Ruhestand tretenden Herrn Direktors Otto Schmidt Herrn Direktor Rudolf Deutschel in den Vorstand der Bank berufen.

Dresden. Die Streiklage im Reichsbahnausbesserungswerk Dresden-Friedrichstadt ist unverändert, ein Uebergriffen der Bewegung, von der etwa 1300 Güterarbeiter betroffen werden, auf andere Reichsbahnbetriebe ist bisher nicht erfolgt. Gegenwärtig finden in der Reichsbahndirektion Einigungsverhandlungen statt, die noch nicht abgeschlossen sind. — Unfittliches Verhalten eines Polizeibeamten. Wegen Vornahme unzuständiger Handlungen hatte sich der aus der Umgebung von Bautzen gebürtige 24 Jahre alte Polizeiuwachtmeister der Landespolizei Kurt Reinhold Hause vor dem Schöffengericht Dresden zu verantworten. Der Angeklagte ist einer Leipziger Polizeitruppe zugeteilt, er beging die Verletzungen gelegentlich eines nach Dresden erlangten Urlaubes. Das Urteil lautete auf zwei Monate Gefängnis.

Dresden. Ein großer Kellerbrand beschädigt vom Dienstag abends um 8 Uhr ab die Dresdner Feuerweh. Dieser Brand, dessen Entstehungsbefunde noch nicht genau zu ermitteln war, betraf die ausgedehnten Kellerräume der am Altmarkt gelegenen bekannten Firma Gebhardt Eberstein, Hausbau- und Kleingeräte usw. Infolge rüstiger Verwahrung der Keller- und Lagerräume vermochten die Feuerwehmannschaften — es waren zwei Pöschüge der Altstädter Hauptwache und ein Pöschüge der Neustädter Wache eingesetzt — lange Zeit nur sehr schwer vorzudringen, um an den Brandherd heranzukommen. Zur Mitternachtsstunde waren die mit Rauchmasken versehenen Feuerwehleute noch unvermindert tätig. Dieser Kellerbrand führte zeitweise zu rüstigen Menschenansammlungen, weshalb seitens der Polizei umfangreiche Absperrungen vorgenommen werden mußten. Man vermutete, daß ein im Keller befindlicher Transformator die Ursache zur Entstehung des Feuers gegeben haben könnte. Im Elektrizitätswerk war aber davon nichts bekannt geworden. Wie groß der Brandschaden ist, dürfte sich erst im Laufe des Mittwoch feststellen lassen.

Dresden. Ein tödlicher Unfall ereignete sich am Dienstag kurz vor 6 Uhr abends in der Pfortenquertstraße vor dem dortigen Bürgerhospital. Ein Inasse dieses Altersbeims, der 1853 geborene frühere Dekorationsmaler Robert Geier, der erst vor etwa Monatsfrist dort eingezogen war, wurde beim Ueberqueren der Straße von einem aus Bilitz kommenden Straßenbahnwagen der Linie 18 erfaßt und tödlich verletzt. Der alte Mann, der etwas gelähmt war, hatte mit einem anderen Inassen des Bürgerhospitals eine in der Nähe gelegene Gastwirtschaft aufgesucht. Dieser Altersgenosse hatte noch rechtzeitig die Straßenbahnstraße überqueren können. Die Unfallkommission des Dresdner Kriminalamtes war rasch zur Stelle, um den Tatbestand im Verein mit den Beamten der zuständigen Sicherheitspolizei wahrzunehmen. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. Der Unfall führte rasch zu einer größeren Menschenansammlung, weshalb auch das Ueberfallkommando zwecks Absperrung herbeigerufen wurde. Der Leichnam wurde beschlagnahmt. Wie Augenzeugen berichten, soll der Verunglückte feierliche Laute von sich gegeben haben, er dürfte auch auf der Stelle getötet worden sein.

Kunst und Wissenschaft.

Von der Landesuniversität, Dem Dr. phil. Johannes Jahn ist die Lehrberechtigung für das Fach der mittleren und neueren Kunstgeschichte in der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig erteilt worden.

Wasserstände der Moldau, Eger und Elbe.

November	Moldau		Eger		Elbe					
	Ra-malt	Mo-bran	Quau	Rim-burg	Brand-s	Mel-nitz	Leit-meritz	Kuf-flig	Dres-den	Mies
29.	+ 1	- 59	+ 6	+ 16	+ 14	+ 86	+ 74	+ 16	- 136	- 78
30.	+ 1	- 57	+ 1	+ 16	+ 6	+ 40	+ 66	+ 2	- 134	- 80

Städt. Verkehrsbüro Oberwiesenthal i. Erg. Tel. 353

Wetter-Bericht

vom 29. November 1927, früh 7 Uhr.

Stadt-gebiet:	Temperatur Gelf.	Barometer Stand:	Schnee-höhe	Sport-Verhältnisse		
				SK	Rodel	Eisbahn
Stadt-gebiet:	- 3°	660,3	5 cm	mög-lich	mög-lich	mög-lich
Höftele-berg-gebiet:	+ 2°	661,4	5 cm	mög-lich	mög-lich	mög-lich

Aus der Geschichte des Obst- und Weinbauvereins Großenhain.

Vom Vorstande des Vereins.

Das rührige Bestreben, Obst- und Weinbau in unserer Gegend zu betreiben, ist an sich weit älter als der Bezirksobstbauverein. In Sachsen hat auch schon in sehr frühen Zeiten der Obstbau eine erhebliche Bedeutung gehabt. Für die damaligen Verhältnisse kam der Obstbau besonders unter dem Kurfürsten August (1553-1586) zu besonderer Blüte. In diese Zeit fällt auch der Erlass des sogenannten Obstandbaugesetzes. Infolge dieses Gesetzes wurden in den Jahren 1771-1787 über 1/2 Million Hochstämme gepflanzt. Bis zur Gründungszeit des Bezirksobstbauvereins, d. h. bis in die 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts wurden bei einer Obstbaumzählung bereits 480.000 Bäume ermittelt. Immerhin war bis dahin die Förderung des Obstbaues nur ganz allgemeiner Art. Neben der industriellen Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens trachtete auch in rühriger Weise die deutsche Landwirtschaft darnach, mit ihren Nebenwegen mit der Entwicklung Schritt zu halten. Sie machte es sich zur Aufgabe, die Bodenproduktion zu steigern, um auf diese Weise die Ernährung der immer größer werdenden deutschen Bevölkerung sicherzustellen. Einen nicht zu unterschätzenden Nebenweg landwirtschaftlicher Produktion stellte in Sachsen der heimische Obstbau dar.

In planmäßige Bahnen wurde der Obstbau jedoch erst durch die im Jahre 1874 von einer Anzahl einflussreicher Männer erfolgte Gründung eines Landesobstbauvereins gelenkt. Dielem Verein gelang es, in fast allen Gebieten des Landes Bezirksobstbauvereine zu gründen, die örtlich die planmäßige Pflege des Obstbaues und die Sortenwahl vornahmen. In Großenhain wurde am 5. März 1876 vom damaligen Baumschulgärtner Vämmerhirt aus Köthla im landwirtschaftlichen Bezirksverein ein Vortrag über Obstbau gehalten. In dieser Versammlung entstand der Gedanke, auch hier einen Bezirksobstbauverein zu gründen. Bereits am 1. Dezember des Jahres 1877 kam die Gründung zustande. Gründer waren die Herren Regierungskassierer von Witzleben, Guttsbesitzer Adam-Gäberrnis, Guttsbesitzer Otto-Gröbha, Gemeindevorstand Max-Oberbergsbach, Rittergutsbesitzer Richter-Pastig, Stadtschreiber Kunath-Großenhain, Stadtschreiber Volmer-Großenhain, Guttsbesitzer Kommissar-Bischoff, Guttsbesitzer Kirst-Vorshain, Dr. Richter-Radeburg, Gastwirt Klopsche-Radeburg und Mühlenbesitzer Biener-Radeburg. Außerdem nahmen an der Gründungsversammlung eine große Anzahl Gemeindevorstände, Vertreter von Behörden, Landwirte und Gartenbesitzer teil, von denen später sehr viele Mitglieder des Vereins geworden sind. Am heutigen goldenen Jubiläumstage des Vereins ist es nur noch einem der Gründer, nämlich dem Garteninspektor i. R. Bollmer-Weinbössa, vergönnt, unter uns zu weilen. Der Verein kann mit großer Freude und Anerkennung feststellen, daß aus den Reihen der Gründer die Nachkommen der Familien Kommissar-Bischoff, Klopsche-Radeburg und Biener-Radeburg ihm ununterbrochen als Mitglieder treu geblieben sind. Von den jetzt etwa 150 bestehenden Bezirksobstbauvereinen, die dem sächsischen Landesobstbauverein angeschlossen sind, war Großenhain der zwölfte, der in Sachsen gegründet wurde. Den Gründern gebührt an heutigen Jubeltage aufrichtiger Dank dafür, daß sie rechtzeitig erkannten, wie segensreich eine planmäßig betriebene gute Obstkultur sich in einem Bezirk auswirken kann. Jetzt besitzt der Bezirk ausgedehnte Obstplantagen und Obelobskulturen in großen und kleinen Ausmaßen als Garten- und Straßenplantagen, die den Besitzern eine willkommene Nebeneinnahme sind.

Sollten die vom Landesobstbauverein geforderten Ziele möglichst bald erreicht werden, dann stand der Bezirksobstbauverein vor einer großen und schweren Aufgabe. Galt es doch, zunächst geeignete Personen, die den Baumschulern mit Rat und Tat zur Seite stehen mußten, als Baumschulern auszubilden, mußten doch alle Lehren über Pflanzung, Sortenwahl, Schnitt und Pflege der Obstbäume erst in der Bevölkerung verbreitet werden. Aus diesem Grunde sind in den Obstbauinstituten Baugen und Köthla und später in Wurzen bis auf den heutigen Tag eine große Anzahl Personen aus unserem Bezirk unterrichtet worden.

Einen beachtlichen Faktor in der Geschichte unseres Vereins stellen die Obstausstellungen dar. Am 5. Oktober 1878 schrieb die Großenhainer Zeitung folgenden beachtlichen Satz: „Soll der Wettstreit und das Streben in der einzelnen Leistung nicht erlahmen und soll andererseits das Interesse des großen Publikums erhalten bleiben, ist

es gerechtfertigt, durch Ausstellungen Anregungen zu geben.“ Die erste Obstausstellung im Bezirk, die bereits von 33 Ausstellern besucht wurde, fand im Jahre 1878 statt. Der Gedanke, in gewissen Zeitabschnitten immer wieder Obstausstellungen zu veranstalten, ist von dem Verein bis heutigen Tages treu gepflegt worden. Es galt ja, durch Sortenauswahl den Obstbau immer wirtschaftlicher zu gestalten und dem Verlangen der Verbraucher möglichst mehr und mehr gerecht zu werden. Die Akten des Vereins sind ein fortlaufendes Zeugnis dafür, daß jede der veranstalteten Ausstellungen befruchtend auf den Gesamtobstbau des Bezirks gewirkt hat. 1879 erlebte der Bezirk bereits eine zweite Ausstellung mit 29 Ausstellern, die 1250 Teller Obst zur Schau brachten. Der große Umfang dieser Ausstellung ist ein Beweis dafür, daß die einzelnen Aussteller noch mit sehr vielen Sorten vertreten gewesen sein müssen. Die Stadt Radeburg erlebte eine Obstausstellung im Jahre 1881. Davon wird besonders berichtet, daß ein Aussteller „eine Batterie von 5 Flaschen selbstgeernteten Johannisbeerweins ausgestellt habe, der recht gut schmeckt“. Wenn man sich dieser Feststellung gegenüber den heutigen Umfang der sächsischen Obstweinebereitung vorstellt, so muß man zugeben, daß diese Art der Obstverwertung immer sehr großen Umfang erreicht hat. Die rühmliche Aufführung des Vereins hat dazu nicht unerheblich beigetragen. In den Jahren 1883, 1885 und 1888 finden wir dann wieder Obstausstellungen in Großenhain, 1891 wieder eine in Radeburg. Von der letzteren wird berichtet, daß sie von weit über 1000 Personen besucht worden ist. Als der Verein im Jahre 1902 sein 25-jähriges Bestehen feierte, wurde eine Jubiläumsausstellung veranstaltet, 1906 war Radeburg wieder Ausstellungsort. Dann sind allerdings fast zwei Jahrzehnte vergangen, bis auf einer Ausstellung in Wittenberg im Jahre 1920 wiederum Obst zur Schau gebracht wurde. Das Jahr 1922 brachte eine Obst- und Landwirtschaftsausstellung in Radeburg, die besonders wegen der Reichhaltigkeit der zur Schau gestellten landwirtschaftlichen Maschinen ein Ereignis für den Radeburger Bezirk war. Mit dem besondern Ziele, das Frühobst zur Geltung zu bringen und die Sortenauswahl zu klären, wurde 1923 die erste Frühobstausstellung in Großenhain veranstaltet, der 1925 die Spätkobstausstellung in Tschirnsee folgte. Mit gutem Erfolge beteiligte sich der Verein weiter auf der großen Landesausstellung 1925 und zur Reichsobstschau 1926 in Dresden. Auf all diesen Ausstellungen errangen eine Anzahl besitzergemeinnütziger Obstbauer Auszeichnungen für Leistung und Mühe.

Zu dem neuen Arbeitsgebiete ging der Verein im Jahre 1879 über, indem er die Verteilung von Edelreisern und die Vermittlung von Obstbäumen an die Mitglieder unternahm. Dieses Tätigkeitsgebiet hat sich derart bewährt und bereichert, daß z. B. im letzten Jahre 13.000 Edelreisler kostenlos abgegeben worden sind. Es wurde dadurch erreicht, daß ein großer Teil unheimlich früher Sortenbäume mit besseren Sorten untergebracht werden konnte. Um das Jahr 1889 begann der Verein sein Augenmerk besonders auf die Obstbaumplantagen an öffentlichen Wegen zu richten. Heute kann sich jeder Bewohner des Bezirks davon überzeugen, welche große Fortschritte dadurch im Zusammenwirken mit den Behörden des Heimatbezirks gemacht worden sind. Die älteren Bewohner des Bezirks dürften sich noch erinnern, daß früher die Obstplantagen an den Wegen nur vereinzelt vorhanden waren. Heute gibt es wohl kaum eine Gemeinde im Bezirk, die nicht ihren Straßenobstbau hätte, aus dem sie Nebeneinnahmen ziehen kann. Der Landesobstbauverein richtete 1888 Ausbildungskurse für Lehrer im Obstbau ein. Daran haben durch Vermittlung des Bezirksobstbauvereins eine große Anzahl Lehrer unseres Bezirks teilgenommen. Die Kurse sollten den Zweck haben, die Lehrer zu Pionieren für die Förderung des Obstbaues zu machen. Es wurden zu diesem Zwecke auch einige Staatsmittel mit zur Verfügung gestellt. Es würde zu weit führen, hier alle guten Beispiele namhaft zu machen, die vor allem auf dem Gebiete des Schulobstbaues entstanden. Besondere Erwähnung verdient jedoch der Schulgarten in Frankitz. Daß von solchen Stätten Schüler kommen, die dauernd in ihrem künftigen Leben Sinn für den Obstbau behalten, ist außer jedem Zweifel. Seit dieser Zeit hat der Obstbau in der Naturgeschichte der Schulen Einzug gehalten.

Bereits im Jahre 1902 nach dem 25-jährigen Bestehen des Vereins hatte der Obstbau im Bezirk eine solche Ver-

breitung gefunden, daß die Frage der vorteilhaftesten Verwertung der Früchte ernstlich erörtert werden mußte. Um diese Zeit beginnt die Einführung der häuslichen Obstverwertung. In vielen Orten des Vereinsbezirks wurden Obstverwertungskurse abgehalten, in denen weit über 1000 Hausfrauen und Töchter teilnahmen. Auch die fachgemäße Behandlung des Fruchtholzes wurde gelehrt. Seit 1911 sind auch ab und zu Obstverpackungskurse veranstaltet worden. Schon früher, etwa um 1889, haben eine Anzahl Obstzüchter aus unserem Bezirk sich an dem vom Landesobstbauverein veranstalteten Obstmärkten beteiligt und die Beschäftigung der Märkte wieder aufgenommen, als diese um das Jahr 1910 wieder regelmäßig eingeführt wurden.

Leider ist nicht ausgeblieben, daß mit der Erweiterung des Obstbaues auch Obstbaumkrankheiten und -schädlinge in den Anpflanzungen aufgetreten sind, deren Bekämpfung sich der Verein sehr hat angelegen sein lassen. Schon seit 1907 wurden Baumschriften angeschafft, wovon heute 12 im Bezirk verteilt sind, die zu jedermanns Gebrauch zur Verfügung stehen. Etwa seit einem Jahrzehnt werden auch die Vogelschutzmaßnahmen sehr gefördert.

Ein besonderes Verdienst hat sich der Verein auch durch die Neubelebung des sächsischen Weinbaues erworben. Auch hier waren rührige Männer am Werk, die in schwerer Zeit den Mut fanden, das Risiko des eigenen mustergültigen Weinbaues auf sich zu nehmen, so daß unser Bezirk es soweit bringen konnte, daß er heute vom Reich als Weinbaubesitz amtlich anerkannt ist. In gerechter Einschätzung dieses wichtigen besonderen Tätigkeitszweiges änderte der Verein auch seinen Namen in „Bezirksobst- und Weinbauverein“.

Die Mitgliederzahl des Vereins hat sich, von kleinen Unterbrechungen abgesehen, erfreulicherweise ständig vermehrt. Hälfte der Verein im Jahre 1878 erst 48 Mitglieder, so waren es 1892 schon 84 geworden. Nachdem dann ein kleiner Rückschlag erfolgt war, erklärte sich der damalige Bezirkssteuerinspektor Gröblich bereit, dem Verein das Verprechen zu geben, innerhalb eines Jahres eine große Anzahl neuer Mitglieder dem Verein auszuführen und wirklich brachte die vorbildliche Werbewirkung dieses wackeren Mannes dem Verein 140 Neuanmeldungen. Heute kann der Verein außer den korporativen Mitgliedern die Zahl von 630 aufweisen.

Als Vorsitzende des Vereins haben gewirkt: Von der Gründung ab bis 1879 Regierungskassierer von Witzleben, von 1880 bis 1882 Pastor Gladenig-Paubla, von 1883 bis 1888 Amtshauptmann von Weissenbach, dann Amtshauptmann Wentig bis 1892 und von da ab bis 1898 Amtshauptmann Wulst. Das Jahr 1898 bedeutete für den Bezirksobstbauverein einen besonderen Wendepunkt seiner Entwicklung. In diesem Jahre wurde Amtshauptmann Dr. Uhlmann Vorsitzender. Er hat den Verein bis zu seinem im Jahre 1922 erfolgten Tode selbstbewußt geführt. Seine Jünglinge zum Obstbau und seine organisatorischen Fähigkeiten führten dazu, daß er 1904 auch zum Vorsitzenden des Landesobstbauvereins gewählt wurde. Ihm folgte als Vorsitzender Amtshauptmann Kühn und zur Zeit führt den Vorsitz Amtshauptmann Fellisch. So ist stiellicher der Obstbau im Großenhainer Bezirk jahreszehntelung unter der Obhut unseres Vereins geleitet worden.

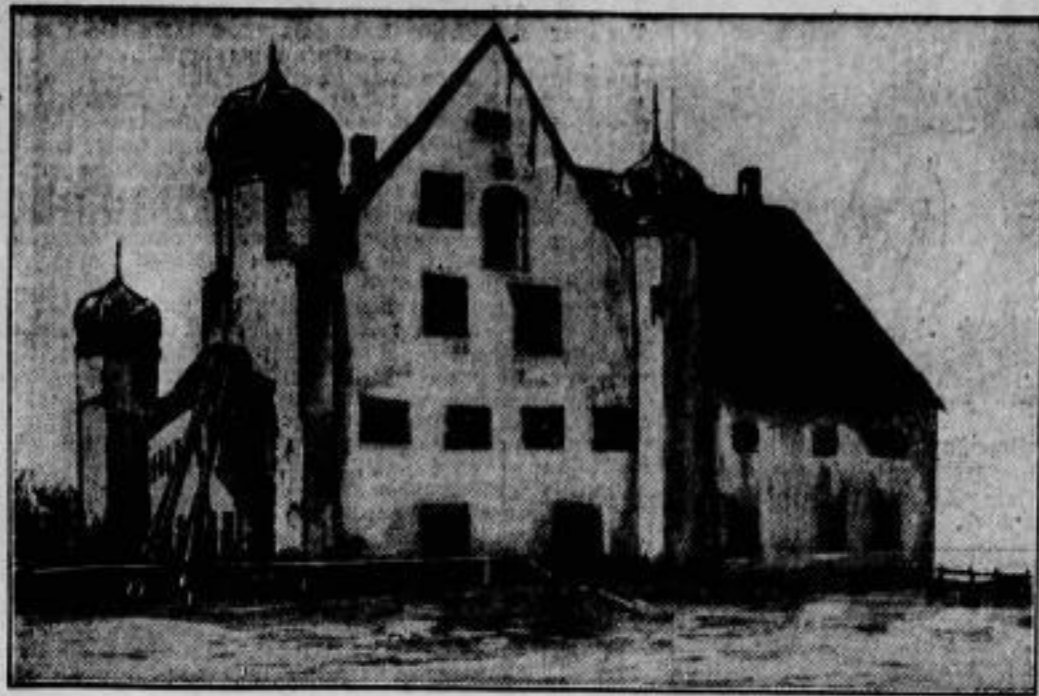
Bei dieser geleisteten Arbeit und dem Allgemeinwohl dienenden Arbeit hat sich der Verein ein Recht erworben, sein 50-jähriges Jubiläum würdig zu begehen. Das Jubiläum soll eines der schönsten Marksteine in der Geschichte des Vereins werden. Möchte von diesem Feste aber vor allem eine Werbekraft in die Bevölkerung seines Heimatbezirkles hineinstrahlen und in jedem Obsterbauer und Freunde unserer gemeinsamen guten Sache die Pflicht mahnen, unserem Verein als Mitglied beizutreten und freudig bei unserer segensreichen Arbeit mitzuhelfen. Der schönste Lohn für alle diejenigen, die sich im Dienste des Vereins bisher dem Obst- und Weinbau in mühevoller Arbeit freudig gewidmet haben, wäre der, wenn der Verein mit einer verdoppelten Mitgliederzahl nach diesem Feste zu weiterer herrlicher Arbeit im Dienste der Allgemeinheit schreiten könnte. Mit diesem Wunsch möchte die Jubelfeier unseres Vereins eröffnet sein.

Das Rinfome Tageblatt

ist die älteste, größte und verbreitetste Zeitung am Platze.

Nummern mit insgesamt **24** im Monat November **360** Seiten.

Inserate finden **größte Beachtung** und haben **besten Erfolg.**



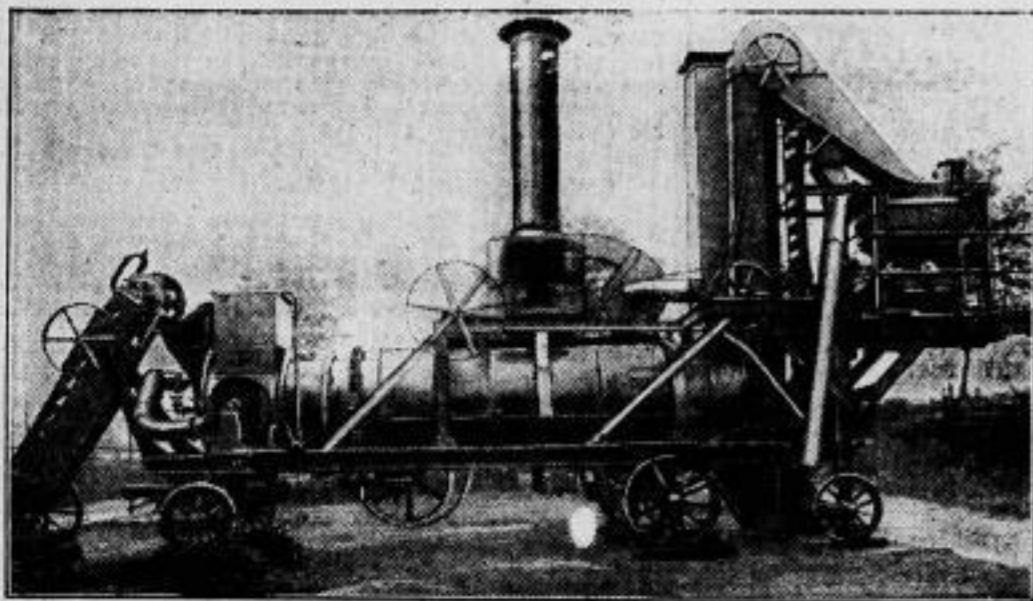
Ein Schloß zu verachten.

Die Stadtgemeinde München verachtet das ihr gehörige, im Bezirksamt Wiesbach gelegene Schloß Watterdorf, wenn der Uebernehmer sich verpflichtet, den durch die Jahrhunderte stark mitgenommenen alten Herrensitz wieder instandzusetzen. Die Kosten der Instandsetzung werden auf 50 bis 60 000 Mark veranschlagt. Der rechteckige, aus dem 16. Jahrhundert stammende Bau enthält neben einer größeren Schlosskapelle etwa 30 Zimmer; das Treppenhaus ist durchweg mit arden roten Marmorplatten gepflastert. Von den vier stattlichen Ecktürmen ist der östliche allerdings so baufällig, daß er durch Balken gestützt werden muß (siehe Bild). Von der Inneneinrichtung ist nichts mehr vorhanden.



Eine japanische Wirtschaftskommission in Deutschland.

Unter Führung des japanischen Großindustriellen Fufanosuke Kubara ist eine von der japanischen Regierung nach Europa entsandte Kommission eingetroffen, wo sie im Hotel Bristol abquartiert ist. Die Kommission, die Paris, London und Rom besucht hat, befaßt sich hauptsächlich mit der Erforschung der wirtschaftlichen, finanziellen und sozialpolitischen Bedingungen in Europa. Von links nach rechts: Der japanische Generalkonsul in Newport, Saito, Fufanosuke Kubara, Baron Ito, der Sohn des verstorbenen Fürsten Ito, und der Handelsattaché der japanischen Botschaft.



Moderner Straßenbau.

Eine „Dermey“-Leerbetonmischmaschine, die im Straßenbau nach dem Gebälkverfahren Verwendung findet und 15 Tonnen pro Stunde leistet. Der Straßenbau der früheren Zeit war einfach. Wassergeschlämte Schotterstraßen, Kleinsplatter und Grohsplatter, das waren die drei Hauptarten der Belegung von Fahrwegen. Heute ist die Ueberfracht nicht mehr so einfach. Der moderne Straßenbau hat eine große Anzahl Verfahren, die jede für sich noch wieder in zahlreiche Unterarten geteilt sind, je nachdem welches besondere Material, bzw. welche Spezialmischung des Gesteins oder der Emulsion gerade verwendet wird. Seit etwa zwei Jahren macht das Gebälkverfahren in zunehmendem Maße von sich reden. Es ist eine Art der bekannten Leerbetonstraßen, wobei die Gütte der Decken durch die Behandlung des Leeres mit Gebälk (Einwirkung von oglierenden Stoffen auf präparierten Straßenteer) besonders günstig beeinflusst wird. Das Gestein wird zunächst in Trommeln getrocknet, die mit Dampferzeugung beheizt werden und dann im Mischer, der unmittelbar mit der Trommel verbunden ist, mit 4-4,5 % heißem Gebälkteer gemischt.



Die Beisetzung Bratiannus in Safarek.

Der Sarg des Ministerpräsidenten Ionel Bratiannus wurde von hohen Offizieren und Würdenträgern zum Mausoleum gebracht und dort aufgebahrt. Rechts die Saisette auf der der Sarg transportiert wurde.



Schillerheim Deutscher Katholiken in Marbach am Neckar.

(Nach dem Entwurf des Stuttgarter Architekten H. O. Binder.)
Freunde deutscher Kultur und vertiefter Volksgemeinschaft haben es sich zum Ziel gesetzt, in dem Geburtsort Schillers, in Marbach am Neckar ein „Schillerheim Deutscher Katholiken“ zu errichten, das der Pflege des Schrifttums, sowie der Auswertung deutscher Literatur zur Erforschung deutscher Lebensprobleme und der Volksgemeinschaft dienen soll. Auch die Pflege und Förderung des konfessionellen Friedens wird als besonderer Zweck erstrebt. Der stattliche Gebäudekomplex über dem Neckartal, der u. a. auch ein Volksbildungsheim enthalten wird, verpflichtet nach dem Programm der Gründer die Heimat einer praktischen idealen Bewegung in unserem Vaterlande zu werden. Sitz des Gründervereins ist Karlsruhe in Baden.



Das Wahrzeichen der Kölner Presse-Ausstellung.

Professor Wibel von den Kölner Werkschulen hat eine große Metallplastik fertiggestellt, die den Turm der Presse-Ausstellung in Köln 1928 zieren wird. Ueber den gleichartigen Köpfen sind als Symbole Fischel, Zahnrad und Vorbererkünze angebracht, um dadurch Handel und Industrie, Kunst und Wissenschaft zu charakterisieren. Zwischen den Köpfen ragt senkrecht ein Fischel als Symbol des Rheines auf. Jeder Kopf ist 1,70 Meter hoch, das ganze Werk hat eine Höhe von 5,50 Meter und eine Breite von 3 Meter. Für ihre Größe ist die Plastik, die aus dünnem 2-Millimeter-Kupfer besteht, verhältnismäßig leicht, sie wiegt nur 1700 kg.

Die Jagd im Dezember.

(Zeitungsbeitrag des St. Hubertus — Der Oeger, in Rütchen Kuchel.)

Der Winter ist eingezogen und der weiße Reithund gibt vielfache Gelegenheiten zu interessanten Beobachtungen und Erlebnissen. Jeder Gang ins Revier nach einer neuen Art dem Jäger Erlebnis. Er stellt da wie in einem Buche, das ihm Aufschluss über seinen Wildstand und dessen Schätze gibt. Auch, Marber und wilde Hunde verzeihen sich durch ihre Spur, die man verfolgen und dabei manchen Schilling, dem sonst nicht beizukommen ist, als leichte Beute erwischen kann.

Der Wald ist belebt durch die Bacholderdrossel, die Röhrling lachend durch die Gegend streicht. In ihrem Gesange befinden sich aber auch die Haubhühner, die ihnen nachstellen.

Für den Jäger bietet dieser Monat im übrigen noch eine Zeit jagdlichen Vergnügens. Er ist die eigentliche Zeit für Feldtreibjagden auf Hasen, nachdem nun die letzten Feldfrüchte, die den Krummen immer noch Deckung bieten, eingesamlet wurden. Zwar wird im allgemeinen, wie die in Rütchen (Kuchel) erscheinende Jagdwochenschrift „St. Hubertus — Der Oeger“ meldet, über schlechte Hasenbestände geklagt, weshalb der Abschuss dieser Wildart einer gewissen Einschränkung bedarf, um die Reviere nicht ganz hasenfrei zu machen. Aber vermehrt ist auch auf das vier- und zweibeinige Raubzeug achtzugeben, dem es nicht daran ankommt, auch das letzte Stück eines Wildstandes für sich in Anspruch zu nehmen und sich nicht um Regemaßnahmen kümmert.

Der Hirsch ist, obwohl er in den meisten Ländern noch geschossen werden darf — in Bayern hat er vernünftigerweise längst Schonzeit — mit der Jagd möglichst zu verfahren, da er sich von der Brunst immer noch nicht ganz erholt hat. Hahnwild und Käiber werden jetzt noch auf Pärchen und beim Neigen erlegt, ebenso Damtiere und ihre Käiber.

Die Rehböcke haben zum großen Teil ihren Hauptstreck verloren und macht ihre Erlegung in diesem Zustande wenig Spaß, weshalb auch der weidgerechte Jäger davon Abstand nimmt. Auch der Fildenschuss sollte nur mit Ausnahme stattfinden und sich auf schwache Stücke erstrecken, von denen man annimmt, daß sie dem Winter nicht widerstehen werden. Eine Selbstverständlichkeit ist es, den Abschuss solcher Stücke nicht auf Treibjagden, sondern nur auf der Pürsch vorzunehmen.

Die Jagd auf Gänse ist in vollem Gange und bietet bei Frost und Schneelage oft gute Ergebnisse.

Die Jagd auf Rehbühner ist vorbei, doch auf Hasen im besten Gange und erhöht den Reiz bei Waldtreibjagden. Eigene Hasenreviere bieten dem Jägerwilde die beste Gelegenheit, seine Schießfertigkeit zu zeigen.

Der Zug der Enten und Gänse dauert fort. Frost, der die Wasserläufe vereisen macht, bringt keltene Wintergäste

auf unsere Gewässer und Pärchen und Känchen beim Einfall loben bei günstiger Witterung Mühe und Anstrengung. Der Wildwüterung ist bei annehmendem Frost und hartem Schneefall ganze Aufmerksamkeit zu schenken, eingedenk des Hiesenthalischen Spruches: „Und denk bei deinem täglich Brot, ob auch dein Wild nicht leidet Not“.

Der Einfluß des Radfahrens auf Muskeln und Nerven.

Von Dr. Werner Naab, Berlin-Schlachtensee.

Sportlern und sportliche Betätigung haben in den letzten Jahren einen ungeheuren Aufschwung genommen. In weiten Kreisen, wo man früher auf ruhige Gleichgültigkeit, ja schroffe Ablehnung dem Sport gegenüber traf, begegnet man heute regem Interesse an sportlichen Tingen und eigener sportlicher Ausübung. Was auch der Grund zu diesem so plötzlich auftretenden Wunsch nach ausgiebiger Körperbewegung sein mag, die Pflege der Leibesübungen jeder Art ist ein begründbarwertes Mittel zu einem erhebendwerten Zweck: ein Mittel, den Körper zu stärken, zu kräftigen, ihn widerstandsfähig zu machen gegen alle schädlichen Einflüsse.

In der Medizin wird heute die Pflege der Leibesübungen als ein wertvolles Heilmittel bei den verschiedensten Erkrankungen angesehen, mehr noch wegen ihrer vorbereitenden Wirkung geschätzt. Der Körper des Kraftarbeiters, der den größten Teil des Tages über seinen Schreibtisch gebeugt ist, noch mehr der des Handarbeiters, der bei den heutigen Fabrikbetrieben keine heilsame gleichbleibende Bewegung in oft unglücklichster Stellung ausführt, schreit nach freier Ausdehnung, vor allem in der heutigen Zeit der wirtschaftlichen Not und der seuchen, viel zu engen Wohnräume.

Welcher Art die sportliche Betätigung ist, entscheidet naturgemäß Geschmack und Vorliebe eines jeden für diesen oder jenen Sportzweig; jeder hat seine besonderen Vorzüge. Wenn sich das Radfahren einer besonderen Beliebtheit erfreut, so mag dies z. T. an dem Umstand liegen, daß das Rad den Menschen rasch aus dem engen, drückenden Häusermeer hinausführt in die freie, strahlende Sonne und in die frische, wägrige Luft. — Nicht und Luft — zwei mächtige Heilfaktoren! Mehr und mehr wird der heilbringende Einfluß des Sonnenlichtes erkannt und verwendet, nicht es doch Krankheiten, die heute — im Gegensatz zur operativen Methode früherer Zeiten — lediglich durch die Sonnenstrahlen behandelt und geheilt werden.

Betrachtet man eingehender die Wirkung radfahrersportlicher Betätigung auf den menschlichen Körper, so ist naturgemäß am auffallendsten der Einfluß auf die Muskulatur. Sie gewinnt sowohl an Kraft als auch an Ausdauer. Die Muskeln werden nicht wie bei den Schwerathleten und Ringern hart entwickelt — eine Folge einer sehr großen

Anstrengung mit einmaltiger Zusammenziehung des Muskels — sondern sanft, frei von überflüssigen Bestandteilen; die Einzelanspannung ist nicht so groß, aber dauernd, wodurch schließlich auch eine recht hohe Arbeitssumme auszuüben kommt. Was die Ausdauer eines Muskels anlangt, so hat man berechnet, daß sie bei regelmäßigem Training von 12 Wochen Dauer um 1148 Prozent gesteigert werden kann. Diese enorme Steigerung wird darauf zurückgeführt, daß der Muskel oder die Muskelgruppen durch ihre Tätigkeit immer mehr mit feinsten Blutgefäßen versorgt werden, die schließlich eine raschere Entfernung der lauren Stoffwechselprodukte, die die Ermüdung hervorrufen, und eine bessere Versorgung mit sauerstoffhaltigem Blut ermöglichen.

Hand in Hand mit der Kräftigung der Muskeln geht die der Gelenke und Knochen. Die Gelenke der Gelenke werden fester und elastischer, der ganze Körper beweglicher, und die Knochen, durch die Tätigkeit der an ihnen anliegenden Muskeln gereizt, werden härter und — dieses von größter Wichtigkeit für die heranwachsende Jugend — in ihrem Wachstum angeregt.

Von großer Bedeutung ist die Wirkung des Radfahrersports auf die Lungen. Die Atmung ist in der Ruhe sehr gering, nur ungefähr 1/3 der gesamten Lungenoberfläche beteiligt sich an ihr, vor allem die Lungenrippen, der Wohnort der gefährlichsten Lungentuberkulose, sind kaum in Tätigkeit. Dazu kommt die oft durch den Beruf bedingte Inhalation



Singer Nähmaschinen Aktiengesellschaft, Riesa, Schlossstrasse 1.

Beim Gastwirt
Beim Kaufmann

verlange man
ausdrücklich

Radeberger Pilsner

das erstklassige,
überall bevorzugte
Spezialbier.

Die letzten Barrs.

Roman von Albert Graf von Schlippenbach.

5. Fortsetzung. Nachdruck verboten.
„Weißt du, wo der selige Onkel die Familienpapiere und andere wichtige Dokumente aufzubewahren pflegte?“ fragte er deshalb Agnes im Lauf des Gesprächs, nachdem er sich einen Plan zurechtgelegt hatte.

„Gewiß, Vetter! Im oberen Fach von Pappas Schreibtisch liegt unser kleines Familienarchiv. Er zeigte es mir früher einmal. Die Bude ist tief, halb in die Wand eingelassen und durch eine eiserne Klappe mit einer Geheimfeder besonders geschützt. Ich nehme an, daß Papa dort auch alle andern Papiere von Bedeutung hineingelegt.“

„Ist es dir recht, Agnes, wenn wir später einmal zusammen das Archiv durchsehen? Ich bin überzeugt, wir finden dort manches, was uns beide interessiert.“

„Gern, Vetter! Ich glaube aber, außer einigen Bekehrungsakten wird dort wenig aufgefunden sein. Ueberhaupt wollen wir dann gemeinsam den Schreibtisch aufräumen. Ich bin es jetzt nicht imstande. Erst muß ich ruhiger werden und mich an den Verlust des teuren Entschlafenen gewöhnen haben, ehe ich an die traurige Aufgabe heranträte. Wie viele Erinnerungen werden da in mir wachgerufen werden, die mir einst vielleicht ein Trost und liebe Andenken sind, jetzt aber mich nur schmerzhaft erregen würden.“

„Du hast recht! Es ist besser, du verschiebst es auf eine spätere Zeit. Wir wollen es lieber gemeinsam tun. Und dann noch eins. Morgen werde ich vielleicht nicht mehr Gelegenheit haben, dir nochmals allein zu danken für die Bereitwilligkeit, Rosemarie unter deine Obhut zu nehmen.“

„Ich bitte dich, Kurt, sei ihm die Cousine in die Rede, sagtest du nicht selbst zu mir, daß wir drei letzten Barrs zusammengehören? — Du glaubst nicht, welche Freude es mir ist, dein Kind behalten zu dürfen. — Ich bin dann doch nicht so ganz allein und unnützlich auf der Welt.“ Tränen traten ihr in die Augen, und sie schweig.

Kurt reichte ihr stumm die Hand. Einem wirklich tiefen Schmerz gegenüber klingen selbst die bestgemeinten Trostworte nur schal.

Eine Zeitlang saßen Agnes und Kurt noch zusammen und sprachen über wirtschaftliche Dinge und über die Zukunft. Dann sagten sie sich Gute Nacht.

4. Kapitel.

In der Kreisstadt suchte Kurt vor seiner Abreise nach der Schweiz noch den langjährigen Freund und juristischen Berater seines verstorbenen Oheims, den Justizrat Hörn, auf und verhandelte lange mit ihm. Der alte Herr, eines jener Originale, die in unserer Zeit leider immer seltener werden, war dem Majoratserben zunächst recht mißtrauisch begegnet. Er kannte ihn ja von seiner leichtsinnigen Zeit her. Kurt begann die Unterhaltung damit, Hörn im Namen seiner Cousine zu bitten, ihre Interessen auch fernherhin wahrzunehmen und auch ihm selbst eintretendfalls seinen Rat zu erteilen.

„Wenn Fräulein von Barrs Angelegenheiten es erlauben, sehe ich Ihnen zu Diensten Herr Baron,“ meinte der Justizrat trocken, „doch nur dann.“ Kurt verbeugte sich lächelnd. In geschäftsmäßiger Weise setzte er darauf dem alten Herrn seine Verhältnisse skizz und klar aus-

einander. Anfangs schaute Hörn etwas ungläubig drein, doch Kurt konnte seine Angaben mit Beweisen belegen. Er nahm dem Justizrat die Zweifel an der Richtigkeit seiner Vermögenslage auch nicht weiter übel, da Hörn ihn nur als Schuldenmacher kannte. Im Auftrag des Freiherrn Siegmund hatte der erfahrene Jurist damals ein Arrangement mit den Gläubigern getroffen, war also genau über alles unterrichtet. Seine strenge, zurückhaltende Miene ließ sich immer mehr auf, und als der neue Klient ihn endlich hat, einen Schuldschein zugunsten von Agnes Barr aufzusetzen, und daran die Mitteilung knüpfte, die junge Dame bliebe laut Verabredung ruhig in Schwarzhof wohnen, leuchteten seine Augen vor Freude. Agnes war ja sein ausgesprochener Liebling, und die Sorge um ihre Zukunft lastete schon lange auf ihm. Seit dem Tode des Freiherrn Siegmund ließ es ihm Tag und Nacht keine Ruhe, was nun aus seinem Schilling werden sollte. Kein anderer konnte ja auch die beschränkten pekuniären Verhältnisse der Witwe so genau wie er. Kurt sah er wenigstens für die nächste Zeit versorgt. Wer konnte vor ausfragen, was später eintrat? Agnes' alter Freund schmunzelte vergnügt vor sich hin und reichte Kurt die Hand.

„Das ist recht! Das ist recht!“ rief er ein über das andre Mal. „Ihre Fräulein Cousine ist ein Prachtmädchen. Einen besseren Bevollmächtigten für Schwarzhof konnten Sie gar nicht finden, und wenn Sie ihr, wie Sie beabsichtigen, noch etwas Betriebskapital zur Verfügung stellen, sollen Sie einmal sehen, wie sie den Besitz hochbringt. Damit sie aber auch die nötige Autorität hat, wollen wir die Vollmacht für sie gleich ausstellen.“ Der Justizrat holte schließlich eine Flasche seines berühmten Johannsbergers aus dem Keller, das größte Zeichen seines Wohlwollens, und als Kurt zur Bahn fuhr, hatte er einen neuen Freund gewonnen. Fröhliche und offene Menschen wußte der alte Hörn zu schätzen. Daß Kurt Barr zu ihnen gehörte, hatte der ausgezeichnete Menschenkenner bald erkannt.

Sobald der Justizrat in seinem Arbeitszimmer wieder allein war, rief er sich vergnügt die Hände. Er freute sich ja aufrichtig und herzlich über die günstige Wendung in Agnes' Verhältnissen; aber das war es nicht allein, was den wunderlichen Kauz so fröhlich stimmte und ihn beim Hin- und Hergehen im Zimmer öfter laut auslachen ließ. Hörn war nämlich nicht nur ein im Grunde herzenguter Mensch und vorzüglichster Jurist, sondern auch ein großer Spatzvogel; nur merkten es die Leute nicht immer, wenn er sie aufzog und sich über sie lustig machte. Seinen Ruf, stets aufs beste über alle Geschehnisse im Kreise unterrichtet zu sein, benutzte er gern, allzu neugierigen Menschen einen ungeheuren Vären aufzubinden. Doch noch eine andere Eigenschaft zeichnete ihn aus. Als Ratgeber vieler Familien kannte er manche intime Familien-Angelegenheiten. Wenn es ihm nun gelang, für ein geschlechtes Unrecht auf irgendeine Weise Bergeltung zu üben oder gar es gutzumachen, bereitete es ihm eine wahre Herzensfreude. Und er machte es immer so geschickt, kleidete die Pillen, die er den Leuten verabreichte, wie er es nannte, stets in Form eines Scherzes oder einer streng vertraulichen Mitteilung, daß die Betroffenen seine Absicht gar nicht oder sehr spät erst merkten. Heute wollte er sich nun einen Hauptspatz leisten und dabei die Nachbarn von Schwarzhof für die Vernachlässigung seines Schilling Agnes und für die Teilnahmslosigkeit beim Ableben seines alten Freundes Barr gründlich bestrafen.

Die Ankunft des Majoratserben war natürlich in dem langweiligen kleinen Provinzialstädtchen, wo jeder möglichst nach Neuigkeiten hascht, um sie brüderlich den Freunden und Bekannten zuzutragen, ein Ereignis gewesen.

Zufällig tagte der Kreistag in Tempelbach, die Mitglieder desselben, unter ihnen eine Anzahl Großgrundbesitzer aus der Gegend von Schwarzhof, verammelten sich lustig zu dem unvermeidlichen Schlußdiner der Beratung in dem einzigen Gasthof, der den Anspruchs erhab, „Hotel“ genannt zu werden, als Kurt von Barr dort vorüber zum Bahnhofs fuhr. Selbstverständlich sprach man während des Essens, eine Reihenfolge der schwersten, nur kerrgefundnen Magen bedömmlichen Speisen, die in Riesenportionen aufgetragen wurden, ausschließlich von dem neuen Herrn auf Schwarzhof. Am unteren Ende der Tafel, wo die bäuerlichen Besizer zusammenkamen, tuschelte man behaglich schmunzelnd sich seine einstigen Streiche zu, die, von Mund zu Mund gegangen, im Lauf der Jahre natürlich zu den wunderbarsten, merkwürdigsten Phantasiegebilden ausgewachsen waren. In der Mitte der Tafel thronten die Vertreter der Städte, höchst würdig aussehende, alte Herren, die mißbilligend über alles die weißen Köpfe schüttelten, was nicht in ihren engen Gesichtsfreis passen wollte. Jeder von ihnen war wohl schon in der Residenz gewesen, hatte sich dort vorzüglich unterhalten und mit burstigen Jügen die Großstadtluft geatmet; doch das durfte man daheim nicht einmal ahnen. Um nur ja keinen Zweifel an ihrer felsenfesten Jugendhaftigkeit aufkommen zu lassen, erklärten sie im Brustton der Ueberzeugung, der Freiherr Kurt von Barr, der doch jahrelang die Freuden der Residenz genossen, Schulden über Schulden machte, müßte entschieden noch ein stütlich ganz verkommener Mensch sein. Keiner wagte für ihn ein entschuldigendes Wort einzulegen, lief er doch Gefahr, wegen lazer Grundstücke von seinen Rübürgern über die Achsel angesehen zu werden. Besonders der Bürgermeister von Tempelbach mußte sich sehr in acht nehmen.

„Vielleicht“ hatte neulich seine Gattin in Gegenwart des Stadtverordneten Rorbmachermeisters Bloch gemeint, „seid dem du im Provinziallandtag sitzt und immer nach Berlin mußt, verwilligst du!“

„Ich begreife dich nicht, mein Schatz,“ stotterte der Bürgermeister in höchster Verlegenheit.

„Jawohl!“ Madame Vietsch maß den Gatten mit inquisitorischem Blick. „An Stelle der soliden Klapptragen, die jeder anständige Ehemann trägt, hast du dir in Berlin neumodische Stehtragen gekauft. Vietsch, das läßt tief blicken! Ich traue dir nicht mehr!“

Oben, am Ende der Tafel, wo der Großgrundbesitz im Kreise Tempelbach noch ausschließlich in Händen des Adels, speiste, ging man ebenfalls scharf mit Kurt Barr ins Gericht. Graf Wackerode, als Landrat der Gastgeber des Kreistagsdiners, versuchte zwar die Standesgenossen zur Mäßigung zu ermahnen und ihnen klarzumachen, der Erbe von Schwarzhof könnte sich doch geändert haben, allein er wurde einfach überschrien.

Schon bei der Erbsensuppe mit Schweineohren war man sich darüber ganz einig, daß der Freiherr Kurt noch derselbe Schuldenmacher sein müßte wie ehedem. Beim felneswegs angenehm duftenden Schellfisch mit Rostschsauce wußte man bereits, wie hoch er sein Erbe mit Pfandbriefen belastet wolle, um seine Gläubiger „da unten“ zu befriedigen. Als Pöfelrinderbrust mit Sauerkohl erschien, und die Keilnerburgen in fettigen, schwarzen Jaden dazu Badpflaumen, sauerfüße Gurken und Preiselbeeren

Schädlicher Gase und Dämpfe und das Einatmen handförmiger Abfallstoffe. Bei jeder körperlichen Arbeit erhöht sich die Lungentätigkeit; es muß dem Blut mehr Sauerstoff zugeführt werden, die Leistung der Lungen kann auf das zwanzigfache steigen, wobei zu berücksichtigen ist, daß in der Ruhe bei 12-14 Atemzügen in der Minute 5-7 Liter Luft eingeatmet werden. Infolgedessen wird die Lunge viel besser durchblutet und Krankheitskeime können sich viel weniger ausbreiten oder lebensfähig halten, wozu noch kommt, daß der Radfahrer rasch frische, reine unverbundene Luft aufsuchen kann.

Durch die größere Durchblutung des Körpers wird weiter das Herz gekräftigt. Die Herzmuskeln werden mehr zur Arbeit herangezogen, infolgedessen — wie die Skelettmuskeln — kräftiger und allen inneren und äußeren Anforderungen gegenüber leistungsfähiger und widerstandsfähiger; überflüssiges Fett, das die Herztätigkeit stark, ja bedrohlich einschränken und behindern kann, wird weniger angehäuft. Hierbei muß aber gleichzeitig vor dem Zuviel gewarnt werden. Bei der günstigen Verteilung der Nährstoffe auf starke Muskelgruppen kommt die zu leistende große Arbeit nicht zum Bewußtsein, und so kann es bei übertriebenem Training und zu stark forcierten Augenblicksleistungen — z. B. schnelles Bergauffahren — zu großen Herzveränderungen kommen, namentlich bei unvernünftiger Lebensweise, hartem Mißbrauch von Alkohol und Nikotin.

Man wird nun ohne weiteres zugeben müssen, daß unter Sporttreibenden viel weniger gesündigt wird in Beziehung auf Gebrauch von schädlichen Genussmitteln als unter denen, die tagelang, tagaus im Hause sitzen, wo die Eintönigkeit und vielleicht auch Gemütslichkeit geradezu zum Wohlleben verführt. Wenn auch vielfach übertrieben wird, — daß der Alkohol und der Tabak keine harmlosen Menschenfreunde sind, ist heute nicht mehr zu bezweifeln; ihre Wirkung auf das Herz, das gesamte Gefäßsystem und auf das Nervensystem ist leider nur zu bekannt. Was das Nervensystem betrifft, so muß auch hier von der ungemein günstigen Wirkung des Radfahrens gesprochen werden. Beschäftigung aller Art als wichtige Kurbehandlung bei einer großen Anzahl Nervenschäden, und viel Bewegung in frischer Luft wird jedem Nervensystem und Gemütskranken dringend geraten als Ausgleich zu der oft so niederdrückenden empfundenen Eintönigkeit in Beruf und häuslicher.

Wenn man endlich noch die appetitfördernde Wirkung berücksichtigt und das ständige Vibrieren des Rades und des Körpers auf dem Rade, besonders auf Kopfsteinstücken,

als eine nicht zu verachtende Massage ansieht, kommt man zu dem Schluß, daß die Ausübung des Radfahrensportes einen außerordentlich wohlthuenden Einfluß auf den menschlichen Organismus hat und vom ärztlichen Standpunkt eine überaus wertvolle Ausarbeitung auf dem Rade durchaus empfohlen werden kann. Es muß dabei allerdings betont werden, daß schwache Conditio, übertriebene Leistungen und unvernünftige Lebensweise anstatt zur Kräftigung und Stärkung des Körpers zu seiner Schwächung führen können; weshalb man dringend zu nur vernünftiger Ausübung dieses Sportes raten kann. In diesem Sinne aber wird der Radfahrersport niemals seinen wohltätigen Einfluß auf Körper und Geist vermissen lassen.

Die Bedeutung der Schneedecke.

Da die Regen für das Wachstum der Pflanzen unentbehrlich ist, so spielt auch der Schnee im Haushalte der Natur eine wichtige Rolle, und dies namentlich, wenn er sich über größere Flächen für längere Zeit ausbreitet, wenn er also als Schneedecke auftritt. Wer jemals im Sommer als Wanderer die Hochgebirge besichtigt hat, der wird in schattigen Schluchten und an geschützten Abhängen, besonders aber im Winkel zwischen steilen Wänden und Galden eine durchfeuchtete tiefe Braune des Bodens bemerkt haben. Wer näher tritt, ist und die kleinen Beden und Mulden genauer untersucht hat, wird sie zu seinem Erstaunen mit tiefbrauner Erde von glatter Oberfläche angefüllt gefunden haben. Diese Erde hat der Schnee hinterlassen. Der Schnee ist nämlich ein vorzüglicher Staubkammer, und er fängt umso mehr von den von der Luft weit fortgerissenen Staubteilchen auf, je länger er liegen bleibt. Am deutlichsten zeigt sich diese Eigenschaft sichtbar an den Firnschneen, jenen kleinen oder größeren Teilen, die bis zum Hochsommer der Schneelage widerstehen. Der Firnschnee nimmt nicht nur eine immer tiefer werdende braune oder graue Farbe durch den beigeartigen Staub an, wenn er bei der wärmer werdenden Temperatur endlich seinem Unterboden entgegensteht, sondern es treten an den abtaumelnden Wänden größerer Firnschneen auch wohlhohe Anhäufungen einer schwärzlichen Masse auf, die an die aufkommenden Schlammascheidungen von Regenwässern erinnern. Sie haben sich an dem abtaumelnden Rand angehäuft und durch Nachschub vergrößert, bis sie endlich abfallen.

Was diese Staublagerungen zu bedeuten haben, zeigt deutlich die Klopftafel des Pflanzenwachstums an solchen

Orten, wo sie sich vorfinden. Die langen, noch blauen Stämme der Pflanzen, die den eben freigeordneten Boden gleichsam durchdringen und sogar die letzte Eisrinne durchbrechen, zeugen lebhaft von der Fruchtbarkeit dieser Erde. Ueberhaupt wächst da, wo der Schnee am längsten gelegen hat, im Schatten der Felsblöcke, besonders an ihrer Unterseite, das üppigste Grün, während ringsum kargliche Grabbüschel nur ein kümmerliches Fortkommen finden.

Dieser fruchtbare Staub kommt aus der Luft, und der Schnee ist gerade ein vorzüglicher Staubkammer; denn jede einzelne Flocke kann mit einem Stieb verfallen werden, das die Luft durchläßt und den Staub zurückbehält. Die Schneeflocken sind auch bedeutend langsamer herab als die Regentropfen, wobei sie in wirbelnder, steigender, schwebender Bewegung größere Strecken zurücklegen, also mit sehr vielen Aufwehungen in Berührung kommen. Aus diesem Grunde reinigen sie die Luft viel vollständiger vom Staub als es der Regen vermag. Außerdem wird der Staub, der sich auf der Schneedecke absetzt, nicht vom Winde wieder hervorgerissen und weiter getragen. Er wird hier festgehalten, eine feine Staublage gefestigt sich an anderen, und so wächst die Staubschicht unaufhörlich.

Alle diese kleinen Teilchen werden vom Schnee allmählich verfeinert, aufgelöst und umgewandelt. Bis sie schließlich jene fein verteilte Masse abgeben, welche die Fruchtbarkeit des Bodens aus höchster Vermehrung und selbst zum Humus, zum Fruchtboden, wird. Das Auftreten einer üppigen Vegetation in den Hochgebirgen schneereicher Gebiete, wie unserer Alpen ist ebenso wie die Kahlheit der höheren Teile der Kammern, der Sierra Nevada, des Libanon und ähnlicher an dauernden Schneelagern armen Gebirge durch diese humusbildende Tätigkeit der Schneedecke zu erklären.

Aber noch in anderer Beziehung ist die Schneedecke von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Dadurch, daß sich der Schnee zwischen die Atmosphäre und den Boden legt, übt er eine schützende Wirkung auf die Entwicklung der dem Erdreich entsprechenden Pflanzen aus. Er ist ein schlechter Wärmeleiter, aber besser als eine Stroh- und Laubfülle hält er die starke Kälte von den arden Pflanzenteilen ab und verhindert das den Pflanzen ebenso schädliche rasche Austauen. Am größten ist die Bedeutung der Schneedecke für alle die Pflanzenorgane, die im Frühjahr gebildet wurden und überwintern müssen, um im nächsten Frühjahr ihr Wachstum fortzusetzen.

Ein flottes Weihnachtsgeschäft

der Erfolg trefflicher Zeitungsreklame!

Man inseriere regelmäßig im Riesner Tageblatt. Geschäftsstelle Goethestraße 59.

als Kompott auf den Tisch stellen, gab man der Entzückung Ausdruck, den Viederjahn nun dauernd als Radbarn zu bekommen und seine Gattin, geborene Neumann oder Behmann, im feudalen Kreise Tempelbach-Wonneburg dulden zu müssen. Bei der süßen Speise, einem unverdaulichen, mit brennendem, stark nach Fusel duftenden Rum übergossenen Gemenge von Mehl, Fett und Rosinen, das der Wirt, ohne zu erröten, Plumppudding nannte, aber, wohl um das bleichere Niederfinken dieses Produktes seiner Kochkunst in den Wagen der Gäste anzudeuten, „Plumppudding“ schrieb, beschloß man an der aristokratischen Ecke fast einstimmig, den unwürdigen Standesgenossen mit seiner Gattin, geborenen Neumann oder Behmann, völlig zu ignorieren. Bei Butter und Käse — natürlich Limburger und Handkäse — sprach man dann noch nebenbei sein Bedauern aus, daß Agnes Barr — Gott! das arme Ding hatte ja keine Mitgift — diesem Menschen weichen müßte. Aber was sollte man machen? Man mußte sie eben ihrem Schicksal überlassen.

„Ich werde ihr mal einen Hasen schicken, wenn ich erst weiß, wo sie untertrotzt,“ meinte der stark derangierte Herr von Heuberg auf Oberrankin, der außer einem verschuldeten Majorat noch zwei Söhne und fünf Töchter besaß, und trant gerührt über die eigene Großmut ein Glas Sekt. Er lebte ja, war erst fünfzig Jahre alt und gesund. Die Töchter konnten noch alle heiraten. Weshalb sich da jetzt schon über ihre Versorgung Sorgen machen!

Graf Wasserode war immer wortfarger bei der Tafel geworden. Ihn ärgerte die lieblose, gehässige Art, mit der man hier über einen Menschen den Stab brach, den man seit langer Zeit nicht mehr gesehen, von dem man wirklich nichts anderes sagen konnte, als daß er in seiner Jugend einmal leichtsinnig war. Weshalb sollte er in den langen Jahren, während deren keiner etwas über ihn hörte, nicht ein ordentlicher, tüchtiger Mensch geworden sein? Auch die Art, mit der man über Agnes sprach, verlegte den feinfühligsten Mann. Er beschloß, in den nächsten Tagen nach Schwarzhof zu fahren und der Waife seine Hilfe anzubieten. Die um ihn sitzenden Herren zu belehren, hatte er längst aufgegeben. Wozu an die bramarbasierenden Menschen fruchtlos Worte verschwenden? Als der Kaffee kam, und man die Zigarren ansteckte, erschienen noch einige Herren, die zwar nicht Kreisratsmitglieder waren, aber doch regelmäßig am Tage der Versammlung zur Stadt kamen, um einen gemütlichen Stet mit den Bekannten zu spielen, oder um bei einer guten Flasche Wein zu plaudern. So schmerzhaft die Folgen der Diners im „Schwarzen Hof“ auch für jeden Magen sein mußten, dessen Besitzer nicht im Kreise Tempelbach-Wonneburg geboren war, der Rotwein, den man dort trant, hätte selbst dem verwöhntesten Gaumen gemundet. Die Kreisstadt lag ja nahe der mecklenburgischen Grenze, und Rotstod genoh von alters her den Ruf, vorzüglichsten Rotwein einzuführen.

Auch Justizrat Hörn stellte sich stets im „Hotel“ ein, sobald mit dem „Plumppudding“ der Ausschluß der Öffentlichkeit bei den Sitzungen der beratenden Körperschaft sein Ende erreichte.

Heut hatte der joviale, allgemein beliebte und geachtete alte Herr es besonders eilig. Schon auf der Schwelle des Speisesaals rief er den Versammelten zu: „Meine Herren, wissen Sie denn schon das Allerneueste?“ „Natürlich!“ — „Selbstverständlich!“ — „Längst!“ — „Der Kurt Barr ist wieder daheim!“ Zehn, zwanzig Stimmen riefen es durcheinander.

Hörn machte eine geringschätzende Miene. „Ich bitte Sie, das weiß ja jedes Kind seit acht Tagen. Kein!“ — Der Justizrat tröchte es heraus, um auch in der entferntesten Ecke des Saals gehört zu werden. „Herr von Barr ist bereits wieder abgereist!“

„Abgereist?“ — „Wohin denn?“ — Alle fragten durcheinander und drängten sich um den alten Herrn, der zuriefen über die Wirkung der Mitteilung schmunzelte.

„Sehen Sie, meine Herren, ohne mich hätten Sie das nun wieder nicht so schnell erfahren,“ meinte er wohlwollend.

„Weiß der Teufel, der Justizrat ist doch ein Hauptkerl! Wo er das nun schon wieder her hat?“ Der alte Herr von Wigenhagen auf Alnow schlug sich auf die dicken Oberschenkel, um seiner Bewunderung größeren Ausdruck zu geben.

Hörn verbeugte sich mit einem spöttischen Nicken. „Ja, ja, verehrter Herr Kammerherr, man hat so seine Verbindungen.“

„Nun aber erzählen Sie einmal ordentlich, sonst erzürnen Sie noch an der Neugier,“ rief der Freiherr von Blottnich auf Rasow.

„O nein! ich habe Zeit.“ Hörn machte Miene, sich gemächlich auf einen leeren Stuhl niederzulassen.

„Herrgott! So schießen Sie doch endlich los!“ schrie aufgeregt ein Dritter, während die meisten Herren herandrängten und in mehr oder minder kräftigen Ausdrücken Hörn zum Sprechen aufforderten.

„Ja, meine Herren, wenn Sie ungeduldig sind, ist das eine widerliche Sache.“ Der Justizrat schaute ironisch lächelnd in die erregten Gesichter. „Ich für meine Person —“

„Erzählen!“ riefen alle. „Alle schrien durcheinander.“

„Wo!“ — Der Freiherr Kurt von Barr. Majoratsbesitzer auf Schwarzhof, war heute — bei mir!“

„Wo?“ — „Was wollte er denn?“ Zehn, zwanzig, Stimmen fragten gleichzeitig. Hörn sah sich triumphierend im Kreise um. Die Wirkung seiner Mitteilung war größer, als er zu hoffen gewagt hatte. Und die Hauptpersonen kamen ja erst. Doch er setzte zunächst seine undurchdringlichste Amtsmiene auf, hob wie beschwörend die Hände und zuckte bedauernd mit den Schultern.

„Meine Herren, das ist Amtsgeheimnis! Ich bin nicht beauftragt, darüber zu sprechen.“

„Herrschaften, der Justizrat will uns ja nur neugierig machen,“ rief Herr von Heuberg. „Ich weite,“ fuhr er dann mit gedämpfter Stimme fort, denn die vom unteren Ende der Tafel brauchten ja nicht alles zu hören, „er hat ein ziemlich langes Zettelchen in der Tasche, auf dem nur Adressen und Zahlen stehen. Der frischgeborene Majoratsbesitzer wird sich arrangieren wollen, und dabei soll ihm der Hörn helfen.“

„Sie irren, Herr von Heuberg,“ der alte, schlaue Fuchs machte eine höchst feierliche Miene, denn nun wollte er den ersten Trumpf auspielen. „Der Freiherr Kurt von Barr muß im Gegenteil ein recht bedeutendes Vermögen erworben haben. Nur ein reicher Mann kann sich mit der Absicht tragen, eine so große Summe gleichsam zu verschenken, wie es der Erbe von Schwarzhof tut. Er beauftragt mich, sogar, darüber einen notariellen Akt bereitzustellen.“

Einem Moment herrschte tiefes Schweigen. Die Anwesenden waren einfach starr über diese ungläublich klingende Nachricht — Gold, ein Vermögen verschenken! Unerbört! Und ausgerechnet der Kurt Barr, der früher bei allen

Manichären hing, streute nun bei seiner Heimkehr mit selbstverworbenen Tausendmarkstücken um sich. So etwas hätte man doch im Kreise Tempelbach-Wonneburg nie für denkbar gehalten! Aber das Schweigen war nur die Stille vorm Sturm. Gleich darauf erhob sich ein wirres Durcheinanderschreien.

„Verschenkt?“ — „Ein Vermögen?“ — „An wen?“ — „Wieviel?“ — „Wo hat der Kerl das Geld her?“ — „Erzählen!“ — „Erzählen!“

Wieder hob der Justizrat beschwörend die Hände. „Meine verehrten Herren! Sie wissen, in amtlichen Dingen wie in privaten Angelegenheiten meiner geschätzten Klienten bin ich verschwiegen wie das Grab. Nur das eine kann ich Ihnen verraten, ohne fürchten zu müssen, eine Indiskretion zu begehen: Der Freiherr Kurt von Barr besitzt sehr bedeutende Fabrikabstufungen in der Schweiz, die gerade jetzt seine Anwesenheit dringend erfordern!“

Den aufmerksam Zuhörenden blieb der Mund vor Bewunderung offen stehen. Fabrikabstufungen?! Die gab es ja weder hier in Tempelbach noch in Wonneburg!

„Kinder,“ meinte der Freiherr von Blottnich, der seit seiner kurzen Dienstzeit vor dreißig Jahren kaum aus dem heimatischen Kreis herausgekommen und dessen Geographie jedenfalls bei Berlin zu Ende war, skeptisch, „in der Schweiz gibt es ja doch nur himmelhohe Berge mit Eis und Schnee. Nicht mal Landwirtschaft ist dort. Wo sollen da die Fabriken herkommen?“ Der Kerl, der Barr, hat unserm Justizrat einfach einen riesigen Bären aufgebunden.“

Hörn sah den Sprecher so mitteldein an, wie er glaubte, es noch gerade einem alten Klienten bieten zu dürfen.

„Sollten Sie wirklich nicht wissen, daß in der Schweiz die Seiden-, Baumwoll- und Uhren-Industrien in höchster Blüte stehen?“ meinte er belehrend.

„Nun, und wo kommt denn der Schweizerkäse her?“ fügte Herr von Wigenhagen mit überlegener Miene hinzu.

„Und die Simmentaler Bullen und die Saanen Ziegen?“ übertrumpfte ein anderer.

„Na, die werden doch nicht in Fabriken gemacht,“ größte Blottnich trotzig.

„Sagen Sie einmal, bester Justizrat, was sagt denn Kurtis Frau zu seiner großen Freigebigkeit? Oder begleitet er vielleicht alte, delikate Angelegenheiten, von denen — haha! — eine liebende Gattin nichts wissen darf?“

unterbrach Heuberg das Gespräch. „Ein Schwerenöter war der alte Junge ja immer.“ Die Nachricht vom Reichtum des Majoratsbesitzer milderte die Ausdrücke des nächsten Radbarn von Schwarzhof bereits merklich.

Hörn zog die Falten auf der Stirn hoch und versuchte eine möglichst erhabene Miene zu machen. Innerlich schloß er bei dem Gedanken, welche Senfation seine Antwort machen würde.

„Sie zwingen mich, durch die, den Ruf meines Klienten schädigende Bemerkung, Herr von Heuberg, aus meiner Keiserie etwas herauszugeben. Allerdings, der Freiherr Kurt will eine alte Verpflichtung begleichen, aber nicht eine solche, wie Sie soeben anzudeuten beliebten. Vor langen Jahren opierte ein treuer, väterlicher Freund eine große Summe, um den unerfahrenen jungen Menschen aus den Händen der Wucherer zu retten. Kein Schuldchein, kein Versprechen liegt vor, die zwingen könnten, das Geld zurückzuerstatten. Aber der Erbe von Schwarzhof fühlt die moralische Verpflichtung dazu in sich. Er beabsichtigt das Kapital mit Zins und Zinseszins der Erbin jenes väterlichen Freundes zu erlösen.“

Lauflose Stille herrschte im Saal. Jeder erriet ja sofort, was die Erbin des väterlichen Freundes war.

